

Parlamentssitzung vom 17.06.2024

Protokoll

Schloss Köniz, Rosstall
19:00 – 22:15 Uhr

Vorsitz

Arlette Mürger (SP Frauen), Parlamentspräsidentin

Parlamentsbüro

Casimir von Arx (GLP), 1. Vizepräsident
Christine Müller (Grüne), 2. Vizepräsidentin
Selin Lopez (FDP), Stimmenzählerin
Reto Zbinden (SVP), Stimmenzähler

Mitglieder des Parlaments

Franziska Adam (SP Frauen)
Christina Aebischer (Grüne)
Roland Akeret (GLP)
Dominic Amacher (FDP)
Géraldine Bösch (SP Frauen)
Corina Burren (parteilos, Sitz der SVP)
Bülent Celik (SP Männer)
Heidi Eberhard (FDP)
Toni Eder (Die Mitte)
Lukas Erni (Grüne)
Mayra Faccio (JUSO)
Dominik Fischli (Grüne)
Rahel Gall (SP Frauen)
Andreas Hauser (GLP)
Roland Hofer (SVP)
Laura Hoffman (Junge Grüne)

Mark Kobel (FDP)
Ursina Sara Lehner (SP Frauen)
Florian Moser (SVP)
Jürg Mosimann (Die Mitte)
David Müller (Grüne)
Matthias Müller (EVP)
Urs Mumenthaler (SP Männer)
Brigitte Rohrbach (SP Frauen)
Sandra Röthlisberger (GLP)
Ronald Sonderegger (FDP)
Isabelle Steiner (SP Frauen)
Simon Stocker (Junge Grüne)
Katja Streiff (EVP)
Monika Röthlisberger (Grüne)
Andrea Winzenried (SVP)

Gemeinderat

Tanja Bauer (SP), Gemeindepräsidentin
Hansueli Pestalozzi (Grüne), Vizegemeindepräsident
Thomas Brönnimann (GLP), Gemeinderat
Christian Burren (SVP), Gemeinderat
Hans-Peter Kohler (FDP), Gemeinderat

Fachstelle Parlament

Verena Remund-von Känel

Protokoll

Ursula Wüst

Entschuldigt

Michael Gerber (GLP)
Kathrin Gilgen (SVP)
Fabienne Marti (GLP)
Tatjana Rothenbühler (FDP)

PAR 2024/47

Traktandenliste und Mitteilungen

1. **Traktandenliste und Mitteilungen**
Beschluss
2. **Protokoll der Parlamentssitzung vom 6. Mai 2024**
Beschluss
3. **Protokoll der Parlamentssitzung vom 13. Mai 2024**
4. **Jahresbericht 2023; Jahresrechnung und Verwaltungsbericht**
Beschluss; Direktion Präsidiales und Finanzen
5. **Station Oberwangen, Zone mit Planungspflicht ZPP Nr. 12/3, Änderung der baurechtlichen Grundordnung**
Beschluss und Botschaft; Direktion Planung und Verkehr
6. **Änderung Bildungssteuerung - Anpassung Bildungsreglement, Einsetzung einer nichtständigen parlamentarischen Kommission**
Beschluss; Direktion Bildung und Soziales
7. **Verschiedenes**
Kenntnisnahme

Diskussion

Parlamentspräsidentin Arlette Münger: Ich begrüsse euch ganz herzlich zur Parlamentssitzung vom 17. Juni 2024. Ich begrüsse auch dich, Urs Mumenthaler, als neues Mitglied im Könizer Parlament.

Am 22. Mai hat das Parlamentsbüro per Mail darüber informiert, dass Chantal Fuchs als neue Leiterin Fachstelle Parlament gewählt wurde. Liebe Chantal, wir wissen es alle: Du trittst in grosse Fussstapfen. Das Parlamentsbüro ist überzeugt, du bringst für diese Aufgabe einen bestens gefüllten Rucksack mit. Bestens gefüllt mit beruflichen Erfahrungen und auch menschlichen Qualitäten. Du hast Politikwissenschaft und Staatsrecht studiert und verfügst somit über die besten Grundlagen und Kenntnisse für die Aufgabe als Leiterin Fachstelle Parlament. Als Parlaments-Weibelin bei den eidgenössischen Räten bist du sehr nahe am politischen Geschehen dran gewesen und hast Erfahrung darin, mit hektischen Situationen umzugehen. Und auf dem Generalsekretariat einer grossen Partei hast du den Politikbetrieb in seinen verschiedensten Facetten kennen gelernt. Kurz: Du weisst, wie der Hase läuft. Und seit November 2022, seit du Verenas Stellvertreterin geworden bist, weisst du, wie der Könizer Polit-Hase so läuft. Du bist also nicht überrascht, wenn das Parlament wieder einmal unvorbereitete Haken schlägt, rückwärts statt vorwärts rennt oder gar nicht rennt, sondern lieber am feinen Gras schnüffelt. Das Parlamentsbüro bringt es mit sich, dass du mit ständig wechselnden Mitgliedern zusammenarbeitest. Da kommt dir sicherlich deine Erfahrung als Flugbegleiterin entgegen, du kannst beruhigen, wenn es hektisch wird und du bist es gewohnt, immer wieder neuen "Gästen" dasselbe zu erklären. Wir arbeiten jetzt seit 2022 zusammen. Ich erlebe dich als immer bestens vorbereitet. Du strahlst Ruhe aus und bist dadurch allen Menschen gegenüber immer korrekt. Das schätze ich persönlich an der Zusammenarbeit mit dir sehr.

Gleichzeitig bist du bereit, dich auf Neues einzulassen und dies wiederum gründlich zu lernen. Deshalb bin ich überzeugt, dass du die Fachstelle Parlament weiterbringen wirst. Ich gratuliere dir zur neuen Aufgabe und wünsche dir viel Erfolg.

Geburtstag seit der letzten Sitzung hatten: Mayra Faccio, Rahel Gall, Géraldine Boesch, Fabienne Marti und Tanja Bauer. Die Geburtstagsboten wurden im Vorfeld informiert. Ich bitte sie, für die Jubilarinnen in der Pause ein Geschenk auszusuchen.

Brigitte Rohrbach hat sich bereit erklärt, einen Znüni mitzubringen. Vielen Dank.

Für die heutige Sitzung entschuldigt sind Tatjana Rothenbühler, Kathrin Gilgen, Michael Gerber und Fabienne Marti. Der Gemeinderat ist vollständig. Es sind somit 36 Parlamentsmitglieder anwesend. Das Parlament ist beschlussfähig.

Der Aktenversand fand am 23. Mai 2024 statt. Das Protokoll vom 6.05.2024 ist online seit 29.05.2024 und das Protokoll vom 13.05.2024 ist online seit 03.06.2024.

Damit kommen wir zum ersten Traktandum, zur Traktandenliste: Gibt es Anträge zur Traktandenliste? Wenn nicht, erkläre ich die Traktandenliste als genehmigt.

Beschluss

Die Traktandenliste wird stillschweigend genehmigt.

PAR 2024/48

Protokoll der Parlamentssitzung vom 6. Mai 2024

Beschluss

Diskussion

Das Wort zum Protokoll wird nicht verlangt.

Beschluss

Das Protokoll der Parlamentssitzung vom 6. Mai 2024 wird stillschweigend genehmigt.

PAR 2024/49

Protokoll der Parlamentssitzung vom 13. Mai 2024

Genehmigung

Diskussion

Das Wort zum Protokoll wird nicht verlangt.

Beschluss

Das Protokoll der Parlamentssitzung vom 13. Mai 2024 wird stillschweigend genehmigt.

PAR 2024/50

Jahresbericht 2023; Jahresrechnung und Verwaltungsbericht

Beschluss; Direktion Präsidiales und Finanzen

1. Ausgangslage

Die Gliederung der Bilanz, der Erfolgsrechnung wie auch der Kennzahlen richtet sich nach den kantonalen Vorgaben für die Buchung und Erstellung der Jahresrechnung nach HRM2.

2. Wichtigste Erläuterungen

Der Steuerhaushalt der Gemeinde Köniz schliesst mit einem Ertragsüberschuss von rund 11.8 Mio. CHF ab. Die Einlage in die finanzpolitische Reserve beträgt 3.3 Mio. CHF. Der Bilanzüberschuss beläuft sich nun auf rund 20.4 Mio. CHF. Das Ergebnis erlaubt es der Gemeinde, erstmals seit langem Schulden abzubauen. Köniz kann die hohe Schuldenlast, die bereits in den Jahren 2021 und 2022 stabilisiert werden konnte, um 5 Mio. CHF auf 369 Mio. CHF leicht reduzieren. Zum guten Ergebnis beigetragen haben die Kapitalisierung von Baurechten (7.5 Mio. CHF) und eine Rückerstattung von Infrastrukturkosten (4 Mio. CHF) aus der Überbauung Ried / Papillon. Aber auch ohne Effekte weist die Gemeinde im Steuerhaushalt unverändert ein gutes Ergebnis von ca. CHF 2.5 Mio. Ertragsüberschuss auf.

Der Realisierungsgrad bei den Investitionen liegt hinter den Erwartungen. Budgetiert waren Investitionen in der Höhe von 28 Mio. CHF, realisiert wurden Investitionen im Umfang von 17.8 Mio. CHF. Die Gründe dafür sind vielfältig, zu nennen sind unter anderem der Fachkräftemangel und Verzögerungen bei Projekten. Hinzu kommt der Nachholbedarf aus den letzten Jahren, z. B. bei dringend notwendigen Sanierungen.

Im Vergleich zum Budget fällt ein deutlich höherer Steuerertrag (Fiskalertrag abzüglich erfolgsneutrale Einzahlungen Planungsvorzeile, zuzüglich Anteil der Gemeinde an der direkten Bundessteuer) an. Der Steuerertrag ist zwar leicht geringer ausgefallen als im Vorjahr. Allerdings weist das Vorjahr auch deutlich grössere Einmaleffekte auf.

Detaillierte Angaben finden sich im Jahresbericht in der Beilage.

3. Nachkredite

Im Kapitel 2.11 des Jahresberichtes werden die Nachkredite in der Zuständigkeit des Parlaments von CHF 1'851'593.37 (Vorjahr: CHF 322'078.15) aufgeführt.

Bei den gebundenen Nachkrediten handelt es sich grundsätzlich um Sachverhalte wie z.B. Einlagen in Spezialfinanzierung, interne Verrechnungen, gesetzliche Vorgaben wie FILAG etc.). Nachkredite sind ein notwendiges Instrument um den betrieblichen Ablauf sicherstellen zu können. Sie führen nicht zwingend zu einer zusätzlichen Belastung des Ergebnisses, da andere Kredite im Gegenzug nicht ausgeschöpft werden.

Nachkredite in Kompetenz des Parlaments (CHF 1'851'593.37):

- 1500.3130 Dienstleistungen Dritter CHF 276'085.71; Nachkredit Reorganisationsprozess DUB mit externer Unterstützung (externe Mandate kompensiert, aufgrund unbesetzter Stellen infolge Fachkräftemangel).
- 3600.3113 Hardware CHF 292'735.09, im IVP eingeplant, Systemwechsel mit Aktivierung noch nicht vollumfänglich umgestellt, notwendiges Konzept in Erarbeitung
- 3750.3120 Ver- und Entsorgung Liegenschaften Verwaltungsvermögen CHF 252'360.75; Zunahme der Stromkosten.
- 3750.3144 Unterhalt Hochbauten, Gebäude CHF 452'142.31, nachholen aufgestauter Unterhaltsbedarf bei diversen Schulanlagen (externe Auftragsvergabe aufgrund Personalmangel)
- 4600.3130 Dienstleistungen Dritter CHF 372'077.96 Entlastungsmassnahmen durch extern mandatierte Firmen und Mehrausgaben aufgrund Personalengpässen.

- 5700.3119 Übrige n. aktivierbare Anlagen CHF 206'191.55 Umsetzung (Leistungs- und Gebühren-/Aufgabenerfassung DZU, Softwarelösung Xamosmain und mobile Datenerfassung Xamosmobile) wurde aber im 2023 realisiert.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Parlament, folgende Beschlüsse zu fassen:

1. Das Parlament bewilligt folgende Nachkredite für das Rechnungsjahr 2023:

Konto	Bezeichnung	Betrag
1500.3130	Dienstleistungen Dritter	CHF 276'085.71
3600.3113	Hardware	CHF 292'735.09
3750.3120	Ver- und Entsorgung Liegenschaften VV	CHF 252'360.75
3750.3144	Unterhalt Hochbauten, Gebäude	CHF 452'142.31
4600.3130	Dienstleistungen Dritter	CHF 372'077.96
5700.3119	Übrige nicht aktivierbare Anlagen	CHF 206'191.55
	Total Nachkredite Parlament	CHF 1'851'593.37

2. Das Parlament genehmigt den Jahresbericht 2023, bestehend aus

2.1 der Gemeinderechnung 2023, die bei Aufwendungen von CHF 252'634'039.33 und Erträgen von CHF 262'777'558.33 mit einem Gesamtergebnis (Ertragsüberschuss) von CHF 10'143'519.00 resp. einem Ergebnis im allgemeinen Haushalt (Steuerhaushalt) von CHF 11'849'636.03 (Ertragsüberschuss) abschliesst, wie auch die Bilanz, welche per 31. Dezember 2023 Aktiven und Passiven von CHF 507'685'040.28 ausweisen

2.2 dem Verwaltungsbericht 2023

Köniz, 15. Mai 2024

Der Gemeinderat

Beilagen

- 1) Jahresbericht 2023
- 2) Anhang zu Kapitel 2 (nur online)
- 3) Anhang zu Kapitel 3 (nur online)
- 4) Anhang zu Kapitel 4 (nur online)

Diskussion

Parlamentspräsidentin Arlette Münger: Hier handelt es sich um einen Beschluss der Direktion Präsidiales und Finanzen. Ihr habt folgende Sitzungsakten: Den Bericht und den Antrag des Gemeinderates, die Zusammenfassung der Berichte über die Verwaltungsbesuche der GPK, diese sind seit 11.6.2024 online auf der Webseite. Es gibt Korrekturen im Jahresbericht auf den Seiten 57 und 86. Die GPK wurde durch die Gemeindepräsidentin über diese Korrekturen bereits informiert. Sie wird auch das Parlament noch darüber ins Bild setzen.

Zum Vorgehen: Zuerst hat die Finanzkommissionspräsidentin, dann die GPK-Präsidentin das Wort. Dann folgen die Voten der Fraktionen, die Einzelvoten, der Gemeinderat und dann die Abstimmungen.

Präsidentin Finanzkommission, Brigitte Rohrbach, SP Frauen: Die Begutachtung und Prüfung der Jahresrechnung gehört zu den Kernaufgaben der Finanzkommission. Im Namen der Finanzkommission danke ich der Verwaltung und dem Gemeinderat herzlich für die gut strukturierte und übersichtliche Jahresrechnung 2023. Wir anerkennen die Arbeit und den Einsatz, der dahintersteckt.

An der Schlussbesprechung mit der Revisionsstelle BDO haben Matthias Stöckli, Präsident Finanzkommission bis 31.5.2024, sowie Florian Moser, Vizepräsident der Finanzkommission, teilgenommen. Die Beurteilung der BDO fiel grundsätzlich positiv aus. Es wurden weder zu korrigierende noch nicht zu korrigierende Fehler festgestellt. Die gute Zusammenarbeit mit den zuständigen Stellen in der Verwaltung wurde verdankt.

Im Rahmen der Zwischenprüfung sowie der Schlussprüfung wurden einige kritische Punkte erwähnt. Darunter fallen insbesondere die Anforderungen an das IKS im Bereich Gemeindebauten/Hochbau und Liegenschaftsverwaltung sowie der Abteilung Bildung, Soziale Einrichtungen und Sport (BBS). Diese Mängel sind bereits seit längerem bekannt und müssen mit hoher Priorität verbessert werden. Die Finanzkommission hat deshalb beschlossen, das Thema IKS der beiden Abteilungen im Herbst erneut zu traktandieren und sich über den Fortschritt informieren zu lassen. Die Revisionsstelle wird sich im Rahmen der Zwischenprüfung ebenfalls damit befassen.

Im Namen der Finanzkommission informiere ich euch nun über den eigentlichen Inhalt der Jahresrechnung: Der Steuerhaushalt schliesst nach Einlage in die finanzpolitische Reserve von CHF 3.3 Mio. mit einem Ertragsüberschuss von CHF 11.8 Mio. ab. Das ist ein äusserst positives Ergebnis. Der spezialfinanzierte Haushalt hat mit einem Aufwandüberschuss von CHF 1.7 Mio. abgeschlossen, was deutlich über dem Budget liegt. Alles in allem resultiert nun ein kumulierter Bilanzüberschuss von CHF 20.4 Mio.

Das gute Ergebnis sollte uns aber nicht über die weiterhin angespannte finanzielle Lage hinwegtäuschen. Einige Aspekte möchte ich gerne hervorheben:

- Bei den Erträgen liegt der Steuerertrag im Bereich des Vorjahres und wurde somit deutlich zu tief budgetiert. Weiter fällt der Finanzertrag deutlich über Budget aus. Dies ist hauptsächlich auf die initiale Kapitalisierung der Baurechte im Ried zurückzuführen. Aus der Rückerstattung eines Infrastrukturkostenbeitrags ebenfalls im Ried konnten zudem rund CHF 4 Mio. verbucht werden. Diese beiden Einmaleffekte täuschen etwas über das Ergebnis weg. Das Ergebnis wäre aber trotzdem positiv ausgefallen.
- Im Bereich der Ausgaben sieht man eine deutliche Zunahme. Die Personalkosten haben gegenüber dem Vorjahr stark zugenommen und liegen damit auch über dem Budget. Dabei ist ein Einmaleffekt für die Rückstellung von Gleitzeitguthaben enthalten. Jedoch ist hier eine Trendwende im Vergleich zum Vorjahr zu sehen. Der Sach- und Betriebsaufwand bewegt sich ebenfalls deutlich über Budget. Aufgrund des Fachkräftemangels mussten verstärkt Dienstleistungen an Dritte für externe Unterstützung bei Stellenbesetzungen, ad interims-Lösungen und auch für Projekte vergeben werden. Weiter wurden Informatikbeschaffungen aufgrund nicht vollumfänglich umgestellter Vorgehensweisen nicht aktiviert und sind zu Lasten der Erfolgsrechnung verbucht worden.
- Bei den Investitionen konnte wiederum nur ein Realisierungsgrad von 63.6% erreicht werden. Das verschärft den Investitionsstau, den wir schon vor uns herschieben, weiter. Zwar konnte dadurch wiederum ein hoher Selbstfinanzierungsgrad sowie eine verzögerte Zunahme bei den Abschreibungen erreicht werden. Hier gilt es in Zukunft genau hinzuschauen und die Wunschliste der Investitionen auf eine Zeitachse zu bringen.
- Im Bereich der Spezialfinanzierungen ist die Situation nicht erfreulich. Die kürzlich realisierte Tarifierhöhung im Bereich Wasserversorgung und Siedlungsentwässerung ist jedoch in der Rechnung 2023 noch nicht abgebildet. Hier sollte es im aktuellen Jahr eine leichte Entspannung geben. Auch im Bereich Spezialfinanzierungen spielten im vergangenen Jahr Personalengpässe eine Rolle, die nun aber gelöst sein sollten.
- Die Zinsentwicklung hat sich stabilisiert. Jedoch ist davon auszugehen, dass die Zeiten der Negativ- und Tiefzinsen definitiv vorbei sind. Aus diesem Grund ist es erfreulich, dass im vergangenen Jahr erstmals die Schulden leicht reduziert werden konnten.

Das zur allgemeinen Würdigung des Jahresergebnisses 2023.

Die Fragen der Finanzkommission im Rahmen der Behandlung der Rechnung 2023 konnten vom Finanzverwalter und der Gemeindepräsidentin als Vorsteherin des Departements Finanzen geklärt werden. Aus sachlicher Sicht bewertet die Finanzkommission das Geschäft als einwandfrei. Auch die heute beantragten Nachkredite konnten schlüssig erklärt werden. Es gilt jedoch weiterhin, den Finanzen Sorge zu tragen, damit sich die finanzielle Situation nicht wieder ins Negative ändert.

Damit komme ich zur Abstimmungsempfehlung der Finanzkommission: Die Finanzkommission empfiehlt dem Parlament den Anträgen des Gemeinderates zuzustimmen. Das Abstimmungsergebnis war einstimmig.

Präsidentin Geschäftsprüfungskommission, Heidi Eberhard, FDP: Der Jahresbericht 2023 und die Zusammenfassung über die Verwaltungsbesuche der Geschäftsprüfungskommission wurde auf der Website der Gemeinde Köniz bei den Dokumenten der Parlamentssitzungen aufgeschaltet und konnte von euch bereits eingesehen werden.

Die Referentinnen und Referenten der GPK haben zwischen Ende April bis Ende Mai die Direktionen besucht und ihre Berichte zu den diversen Schwerpunkt-Themen verfasst. Im Namen der Referentinnen und Referenten danke ich den Gemeinderatsmitgliedern und den involvierten Fachpersonen aus der Verwaltung für die guten und offenen Gespräche. Merci, dass sie sich für die Direktionsbesuche die Zeit genommen haben. Der Gemeindepräsidentin sowie allen Gemeinderatsmitgliedern besten Dank, dass sie uns anlässlich der GPK-Sitzung vom 17. Juni 2024 Fragen zu einzelnen Punkten beantwortet haben.

Dem Referenten und den Referentinnen der Direktionen danke ich für das Verfassen der Berichte. Bei allen Besuchen haben die GPK-Delegationen festgestellt, dass in der Gemeinde Köniz engagiert, verantwortungsbewusst und mit viel Fachwissen gearbeitet wird. Für ihren Einsatz und ihr Engagement danke ich im Namen der GPK allen, welche ich zuvor erwähnt habe.

Als Querschnittsthema haben wir in diesem Jahr die "Zusammenarbeit über die Direktionsgrenzen: Anstoss, Form der Umsetzung, Beispiele aus der Praxis", gewählt. Wir wissen um die knappen personellen Ressourcen. Über etliche Monate konnten unter anderem Schlüsselstellen nicht besetzt werden. Nichtsdestotrotz haben alle am selben Strick und in dieselbe Richtung gezogen, damit das Projekt, das geplante Vorhaben – wenn immer möglich – rechtzeitig umgesetzt werden konnte. Hie und da kamen neue Erschwernisse dazu, aber dank dem Einsatz der Mitarbeitenden, die zum Teil "on the job" ins neue Arbeitsgebiet eingeführt wurden, konnte das gesteckte Ziel erreicht werden. Wir danken hier dem Gemeinderat und der nicht ständigen Kommission "Personalreglement", dass sie die Problematik angehen und Lösungen anvisieren und dass diese auch umgesetzt werden.

Die GPK-Referentinnen und -Referenten haben jeweils zwei bis drei Punkte genannt, die im GPK-Votum, welches ich hier stellvertretend für alle GPK-Mitglieder halte, nenne:

- Zusammenarbeit zwischen den Direktionen: Diese funktioniert dann besonders gut, wenn sich die Beteiligten persönlich kennen und vertrauen. Mit einer entsprechenden Organisations- und Führungskultur wird ebenfalls darauf hingewirkt, dass die Mitarbeitenden gute Lösungen für Köniz realisieren und nicht nur für ihre eigene Abteilung. Leidet eine Abteilung unter knappen Ressourcen oder bleiben Stellen unbesetzt, belastet dies naturgemäss auch die Zusammenarbeit mit anderen Abteilungen.
- Koordination Grossprojekte KOP: Mit der KOP soll insbesondere auch das Projektmanagement in der Gemeinde weiter geschult werden. Verschiedene Stimmen aus der Gemeindeverwaltung sagen, die Aufgaben der Fachstelle Gesamtkoordination Grossprojekte (KOP) seien nicht klar abgegrenzt. Es wird gewünscht, dass der Gemeinderat der KOP Projekte explizit zuteilt und auch die konkrete Rolle der KOP in einem bestimmten Projekt definiert. Ist sie nun Projektleitung oder Projektberatung?
- Engagement der Abteilungsleitungen: Die Führungskräfte sind mehrheitlich sehr engagiert und setzen sich dafür ein, dass die Gemeindeaufgaben gute und mit vertretbarem Aufwand und Ressourcenverbrauch erfüllt werden.
- Die Querschnittsaufgaben werden unterschiedlich bewältigt. Unter der Rubrik "Befund" kann die Zusammenfassung des Direktionsreferenten und der Direktionsreferentinnen von euch selbst gelesen werden.
- Partizipation: Mit der neuen Kommunikationsplattform wurden gute Erfahrungen gemacht, die Bevölkerung kann damit auch in anderen Geschäften/Themen mitwirken und eingebunden werden.
- Einführung ePublikation: Die Einführung hat keine grossen Reaktionen ausgelöst, es wurden 314 Abos abgeschlossen.
- Zusammenarbeit: Im Bereich Schulraumplanung gibt es noch einige Schwierigkeiten und Hindernisse und ungenügende Datengrundlage. Dort muss man noch etwas anpacken.

Geschätzte Anwesende - die teilweise erfolgte Wiedergabe des im Jahresbericht 2023 enthaltenen Angaben, erfolgen im Sinne der Anerkennung für die geleistete Arbeit.

Fazit: Der Einsatz der Direktionsvorstehenden und der Mitarbeitenden aus allen Abteilungen, Bereichen, Diensten und Fachstellen ist sehr gross, enorm und kompetent und verdient unsere Anerkennung. Alle setzen sich für die Gemeinde Köniz ein - merci.

Die GPK empfiehlt dem Parlament, den Verwaltungsbericht 2023, das heisst den Gemeinderatsantrag, Ziffer 2.2, zu genehmigen. Das Abstimmungsergebnis hierzu war einstimmig.

Gemeindepräsidentin Tanja Bauer, SP: Wie die Parlamentspräsidentin angekündigt hat, gibt es eine Korrektur für den Jahresbericht, welchen ich vermelden muss. Das ist im Rahmen der GPK-Besuche aufgetaucht und ich würde diesen hier gerne zu Protokoll geben. Die GPK ist informiert. Es geht einerseits um den Jahresbericht, Seite 86: Dort geht es um den ersten Abschnitt unter 122.1. Bisher steht dort: "Im Berichtsjahr wurden 23 Projekte bearbeitet. Total acht beantragte Wettbewerbsplanungen resp. Ausführungskredite in der Höhe von CHF 39'447'950 (2023: CHF 1'508'000) wurden durch den Gemeinderat oder das Parlament bewilligt." Das möchten wir vereinfachen. Dort wird neu stehen: "Im Berichtsjahr wurden 23 Projekte bearbeitet." Dies mit der Begründung, weil die verschiedenen Kredite woanders aufgeführt sind und es hier ja um eine Sicht auf das Jahr 2023 geht und diese kohärent sein muss und wenn man dies an verschiedenen Orten aufführt, kann es dann zu Unstimmigkeiten kommen, wenn man es zusammenrechnet. Hinten, in der Nachkreditstabelle, wurde aber alles korrekt aufgeführt.

Dann möchte ich noch gerne die zweite Korrektur zu Protokoll geben: Das betrifft den Anhang zu Kapitel 3, Seite 57. Die bisherigen Inhalte sollen gelöscht werden und neu sollen die Projekte gemäss Jahresbericht Seiten 86 bis 87 aufgeführt werden. Ich habe dies schriftlich der GPK geschickt, darum weiss man für das Protokoll, das ist eine ganze Reihe an Projekten, welche bearbeitet worden sind und diese sollen dort auch übereinstimmen. Inhaltlich hat es keine Auswirkungen auf irgendwelche Zahlen oder sonst etwas.

Fraktionssprecher Dominic Amacher, FDP: Als erstes möchten wir allen für die umfassenden Unterlagen danken. Es ist jedes Jahr eine Freude, wenn man sieht, welche Dokumente man hier alles bekommt. Allen Direktionen, welche hier daran arbeiten: Das Resultat ist wirklich sehenswert - darum an dieser Stelle: Vielen Dank.

Zuerst möchte ich mich der Jahresrechnung widmen. Und hier ist mir das Motto von Heinz Nacht in den Sinn gekommen, er war Parlamentspräsident 2018. Damals hatte er seinen Slogan "Schwein gha, Sorg ha". Mich dünkt, dies trifft auch auf die Jahresrechnung 2023 zu. "Schwein gehabt", weil die Steuererträge deutlich über dem Budget lagen, ansonsten wären die Zahlen nicht positiv ausgefallen – und natürlich zum Eigenkapital "Sorg ha", welches wir jetzt haben. Aber auch Sorge tragen, dass wir nicht noch mehr Geld ausgeben.

Wir von der FDP sind natürlich sehr erfreut über den Gewinn und trotzdem müssen uns auch die Alarmglocken läuten. Vorwiegend haben Sonder- und Einmaleffekte zu diesem positiven Ergebnis geführt, welches wir natürlich gerne nehmen, doch man darf sich davon nicht blenden lassen, denn wie erwähnt, die Kosten sind ebenfalls gestiegen.

Ich erinnere mich noch an die Steuererhöhungsdebatte 2021 für das Budget 2022, da hat man ganz klar gesagt, von dem wollen wir nicht leben, das ist nicht nachhaltig, wenn wir nur von Einmaleffekten und von Sondereffekten leben. Und jetzt ist dieses Prinzip eigentlich beinahe normal und das erstaunt schon ein bisschen. Wir sind auch sehr besorgt, wenn wir jetzt ins Jahr 2024 schauen, wie das Parlament Ausgaben beschliesst, ohne Rücksicht auf die finanzielle Ausgangslage. Da müssen wir uns als Parlament schon am Riemen nehmen.

Wir haben gelesen, die Jahresrechnung wäre mit CHF 2.5 Mio. positiv ausgefallen, auch wenn man diese Effekte ausschaltet. Aber wenn man genau hinschaut: Wir haben CHF 4.2 Mio. Verlust auf der betrieblichen Tätigkeit gemacht und das ist nicht gut. Das ist wie das EBIT in einer Firma und wenn man dort negativ ist, dann wird es schwierig, Geld holen zu können. Und wenn man dort die Frage stellt, wann wir es schaffen, beim Personalbetriebsaufwand die CHF 100 Mio.-Marke zu knacken? Jetzt sind wir bei CHF 92 Mio. - als ich hier im Parlament begonnen habe, waren wir noch bei CHF 80 Mio. Wenn wir gegenüber dem Vorjahr schauen, dann haben wir CHF 9.4 Mio. mehr Ausgaben und das ist enorm – das sind 11.3%. Selbstverständlich wurde alles erklärt, doch das muss uns zu denken geben. Man hatte bei diesen zwei, drei Konten auch gesagt, dass diese unser Aushängeschild seien, dort können wir schauen, ob wir die Kosten im Griff haben oder nicht. Das fiel in den früheren Debatten auch immer wieder und dann verwundert es nicht, dass wir auf der betrieblichen Tätigkeit negativ sind, auf Stufe Gewinn.

Und eine Zahl, welche mich auch noch irritiert hat, sind die Nachkredite in der Höhe von CHF 33.3 Mio., das ist eine Brutto-Zahl. Man hat auf der Gegenseite nicht ausgeschöpfte Kredite. Doch das ist ebenfalls ein Rekordwert. Das sind einfach Beispiele.

Und dann kommen noch die Stellen: 17 Stellen neu. Es fällt einfach auf: Seit wir die Steuern erhöht haben, hat man zweimal 17 Stellen mehr, das ist im Schnitt, im Vergleich zu den Vorjahren, mehr.

Natürlich, es ist alles erklärt, der Nachholbedarf ist gegeben und trotzdem sagen wir von der FDP, warum hat man nicht die Direktionsreform gemacht? Das wäre doch einfach dringend notwendig gewesen? Vielleicht hätte man hier noch etwas gegensteuern können. Bei den Investitionen, da sieht man auch diese Bugwelle, von welcher man immer spricht. Darum, Priorisieren, jede Investition hinterfragen: Vermögen wir es? Haben wir die Ressourcen? Und macht sie auch Sinn?

Das von unserer Seite zur Jahresrechnung. Wir werden diese einstimmig annehmen.

Und dann komme ich noch zum Verwaltungsbericht. Hier muss ich der GPK ein Kompliment machen, das war ein Bestseller-Schreibstil und ich habe dies sehr gerne gelesen. Bei der DPF, DBV, DBS, fand ich, das ist wie ein Roman, wie unser tägliches Leben, etwas ist gut, etwas ist schlecht und so quasi eine Liebesgeschichte und einem dem es nicht so gut geht. Zusammengefasst, das lebt und das läuft. Bei der DSL, da kam Spannung auf, wie bei einem Krimi. Da musste ich mich fragen, wer ist hier der Täter? Ist es die Abteilung Immobilien oder sind sie die Opfer? Reden hier zu viele Leute rein? Ich weiss es nicht – ich habe noch gerne Krimis, aber ich kann es nicht beantworten. Es hinterlässt einen komischen Beigeschmack. Wenn man dies liest, weiss man nicht so genau, wo es hapert, aber vielleicht erfahren wir da noch mehr. Wir distanzieren uns aber von solchen Ungereimtheiten.

Kommen wir noch zum DUB, da hatte man vom Krimi lesen noch etwas feuchte Hände und da habe ich mich gefragt, was dies hier ist? Ist das Horror? Ist es Comedian? Oder was ist das genau? Wenn man das liest, da bin ich erschrocken und fragte mich, was hier los ist? Uns ist bewusst, für den Gemeinderat ist dies sehr sensibel, es ist für das Personal sensibel, aber nichtsdestotrotz ist es etwas komisch, wie man dies über einen GPK-Bericht erfährt, denn das ist doch ein wesentlicher Punkt, wie dort die Fluktuationsraten hoch sind, eine instabile Personalsituation besteht, wo man sogar davon spricht, dass der funktionierende Betrieb gefährdet ist oder war. Und dann muss ich sagen: Hallo, was ist denn hier los? Darum möchten wir hier doch noch etwas mehr erfahren, denn diesen Zustand akzeptieren wir als FDP nicht.

Nichtsdestotrotz, werden wir diesem Verwaltungsbericht einstimmig zustimmen und danken allen für ihr Engagement.

Fraktionssprecher EVP-GLP-Mitte Matthias Müller, EVP: Die EVP-GLP-Mitte-Fraktion dankt der Verwaltung und dem Gemeinderat für den Jahresbericht 2023. Eine aufwändige Arbeit: Umfangreich, detailliert und illustriert liegt er uns vor. Die eingestreuten Fotos der Könizer Liegenschaften erachten wir als eine sehr schöne Idee.

Zuerst aber noch zum Kleinräumigeren: Ein umfangreiches Werk birgt Risiken, dass sich Fehler einschleichen und vielleicht sollte man routinemässig mit Excel Summen kontrollieren, damit wirklich Verlass auf Punkt, Komma und Strich ist. Ich stelle in meinem Votum nicht explizit Fragen, aber vielleicht kann der Gemeinderat spontan bei einigen Themen auch noch einen Kommentar abgeben.

Wie immer liefert der Statistikteil und die Produktgruppen wertvolle Hintergründe. Unter 118, Einwohnerwesen, erfahren wir, dass Köniz Ende Jahr 43'719 Einwohner hatte – eine Zunahme von 331 Einwohnern. Und im Jahr 2024 ist Köniz bereits 281 Einwohner weiter – vielleicht schon mehr – die Schallmauer von 44'000 wurde ja durchbrochen. Wir konnten alle das Bild unseres jüngsten Einwohners bewundern. Köniz wächst, Köniz ist nachgewiesenermassen sehr attraktiv. Trotz der Anwendung von e-Umzug steigt der Aufwand in diesem Bereich – offenbar bewährt sich das Programm bei grösseren Gemeinden nicht so gut. Vielleicht gibt es hier noch eine Erläuterung zu diesem Programm.

Aus Sicht der Gemeinde ist erfreulich, dass das Polizeiinspektorat knapp CHF 100'000 an das Gurtenfestival weiterverrechnen konnte.

Die Kriminalstatistik von Köniz zeigt, eine deutliche Zunahme von Finanzdelikten. Generell ist die Kriminalität gestiegen. Und im 124, Umweltschutz und Energie, lesen wir, dass der Kanton die Privatisierung der Feuerungskontrollen beschlossen hat. Diese wird ab August 2025 dann umgesetzt.

Der Netto-Null-Zielpfad der gemeindeeigenen Gebäude ist nicht auf Kurs, begründet ist dies aufgrund von Käufen von fossilbeheizten Gebäuden. Das ist unschön. Gibt es hier eine Aussage, wie man diesem Missstand begegnen will?

Es gebe noch einige weitere Punkte, doch ich erhöhe sehr gerne die Flughöhe wieder etwas: Wir können erfreut feststellen, dass der Rechnungsabschluss positiv ausgefallen ist. Das ist der Öffentlichkeit durch die Gemeindepräsidentin auch bereits mitgeteilt worden. Erfreulich sind die gestiegenen Steuereinnahmen. Erfreulich sind die gestiegenen Reserven. Erfreulich ist der Schuldenabbau. Und wie im vergangenen Jahr, haben willkommene Sondereffekte gespielt.

Erst diese einmaligen Effekte aus den Baurechten Ried und der Infrastrukturnachzahlung lassen das Gesamtergebnis so stark positiv werden – das haben wir von Dominic bereits gehört, und auch wir werten dies in der finanzpolitischen Beurteilung neben weiteren Aspekten recht kritisch.

Bedenklich finden auch wir die gestiegenen Personal-, Sach- und Betriebsaufwände und auch, dass dies nicht so gross präsentiert und kommentiert worden ist.

Wir stellen fest, dass der betriebliche Aufwand gegenüber dem Rechnungsjahr 2022 massgeblich gestiegen ist. Eine solche Erhöhung des Aufwands, welcher mit Sondereffekten finanziert ist – so könnte man es ja auch formulieren – ist heikel. Was passiert in der Zukunft, wenn die Sondereffekte einmal nicht eintreffen und man die gestiegenen Aufwände mit ordentlichen Einnahmen finanzieren muss? Hier sind wir nicht in sicheren Gewässern.

Und definitiv bedenklich ist, dass dieses gute Ergebnis massgeblich aufgrund des sehr tiefen Realisierungsgrades bei den Investitionen resultiert. Dieser tiefe Realisierungsgrad – wir haben es von den beiden Vorrednern auch bereits gehört – ist auch bei den Spezialfinanzierungen zutreffend. Da ist der Gemeinderat extrem gefordert tätig zu werden, damit sich dies nicht wiederholt oder verstetigt. Bei einem so tiefen Realisierungsgrad braucht es vermutlich ein Bündel an Massnahmen. Es gilt sich vorzubereiten, es gilt Projekte vorzuziehen, es gilt schubladenfertige Projekte bereit zu halten, flexibel zu priorisieren, den Schulraumbedarf strategisch rechtzeitig anzugehen usw. Mit diesem Hintergrund von "sicheren Gewässern" zu sprechen, erachten wir als unzutreffend.

Mit der eingereichten parlamentarischen Initiative "Nachhaltiger Finanzhaushalt für Köniz" soll ein wichtiger Pflock eingeschlagen werden. Mit dem Ziel, das Parlament und auch den Gemeinderat einzugrenzen. Wir erwarten in diesem Zusammenhang auch einen Mitnahmeeffekt bezüglich Controlling-Instrumente, welche zeitnahe und genaue Kennzahlen liefern, damit der Gemeinderat selber, die Verwaltung, die Finanzkommission und das Parlament erfolgreich zusammenarbeiten können, die gleichen Informationen haben und rechtzeitig Einfluss nehmen können, so, dass das Schiff der Könizer Finanzen gemeinsam in nachhaltig sichere Gewässer geführt werden kann.

Die EVP-GLP-Mitte-Fraktion folgt dem Gemeinderat und bewilligt einstimmig die Nachkredite und den Jahresbericht 2023 bestehend aus Jahresrechnung und dem Verwaltungsbericht.

Fraktionssprecher Grüne/Junge Grüne David Müller, Grüne: Die Zahlen werde ich nicht nochmals wiederholen, ich möchte die Gelegenheit aber nutzen, dem Gemeinderat und auch der Verwaltung für diesen äusserst umfangreichen und wie ich finde, auch äusserst übersichtlichen Bericht zu danken. Und ich möchte natürlich das Geschriebene aus der Perspektive der Grünen/Jungen Grünen noch etwas einordnen.

Zuerst zu den Finanzen: Ja, ein zweistelliger Millionenertragsüberschuss ist tatsächlich sehr erfreulich und auch der Bilanzüberschuss lässt etwas entspannter in die Zukunft blicken, als vielleicht noch vor drei Jahren. Aber: Das betriebliche Ergebnis ist weiterhin deutlich unter null und das unerwartet gute Jahresergebnis fusst zu grossen Teilen auf Einmaleffekten und jeder dritte Franken, welchen wir im Jahr 2023 eigentlich hätten investieren wollen, haben wir nicht investiert. Das ist äusserst bedenklich, weil mit den letztjährigen 7.8% Investitionsanteilen haben wir damit bereits das zweite Jahr in Folge gemäss kantonalen Einstufung eine schwache Investitionstätigkeit und das in einer Situation, in welcher wir eigentlich noch den Investitionsstau aus früheren Jahren abbauen sollten. Für eine gemäss Kanton starke Investitionstätigkeit müssten wir jährlich etwa 2.5mal so viel investieren, wie wir dies im letzten Jahr gemacht haben. Wie die Zahlen beim baulichen Unterhalt zeigen, holt uns ausserdem auch dort langsam ein, dass wir unsere Infrastruktur jahrelang vernachlässigt haben. Das zu den Zahlen.

Noch ein kleiner Einschub: Das neue Klimaschutzreglement sieht vor, dass die Ertragsüberschüsse aus der Erfolgsrechnung in die Spezialfinanzierung Klimaschutz eingelegt werden können. Das Jahr 2023 schliesst mit einem äusserst hohen Überschuss ab. Eine Einlage wäre darum naheliegend. Damit könnte man dann auch gleich von Anfang an – diese Spezialfinanzierung gibt es ja erst seit diesem Jahr – dafür sorgen, dass eine solide Basis besteht, damit man entsprechende Projekte mit der notwendigen Planungssicherheit angehen kann. Leider haben aber Abklärungen bei der zuständigen Direktion, welche intern und auch beim Kanton durchgeführt wurden, ergeben, dass in der aktuellen Ausgangslage, welche wir heute haben, eine Einlage zum jetzigen Zeitpunkt zu einer Ablehnung der Rechnung führen müsste und es dann eine erneute Prüfung und Auflage im Parlament brauchen würde. Dass dies nicht wünschenswert ist, da sind wir uns wohl alle einig. Wir verzichten darum heute auf einen entsprechenden Antrag. Wir bitten aber die zuständige Direktionsvorsteherin bzw. auch die Verwaltung, entsprechende Abklärungen, welche Optionen hier möglich sind, möglichst bald zu treffen, damit hier künftig eine Einlage in die Spezialfinanzierung Klimaschutz möglichst einfach möglich ist. Dass eine solche Einlage nicht nur aus ökologischer Sicht, sondern auch finanzpolitisch sinnvoll ist, zeigt alleine nur schon der Fakt, dass im letzten Jahr die Energiekosten etwa eine halbe Million über Budget zu Buche geschlagen haben und das, obwohl wir bereits in den zwei vorhergehenden Jahren in den Budgets die entsprechende Position erhöht haben.

Jetzt noch einige inhaltliche Punkte auf etwas tieferer Flughöhe - logischerweise keine umfassende Würdigung der Arbeit der Verwaltung des letzten Jahres: Erfreulich ist, dass 2023 im Vergleich zum Jahr 2022 neun zusätzliche Frauen im Kader der Verwaltung angestellt waren und damit der Anteil auf 37% gestiegen ist – zwar besteht immer noch etwas Luft nach oben, doch die Richtung stimmt zumindest. Erfreulich ist diesbezüglich auch, dass bei der Garderobenanlage in der Badi der Zunahme der Badmeisterinnen Rechnung getragen wurde. Dies ist eine schöne Randnotiz. Die grossen Herausforderungen bezüglich Fachkräfte, welche in gewissen Bereichen bestehen – wir haben es zuvor auch bereits gehört – spiegelt sich aber auch in den Statistiken wieder. Die Überzeit- und Gleitzeitguthaben haben erneut zugenommen, die Herausforderungen bleiben damit vermutlich auch in diesem Jahr gross. Die Attraktivität als Arbeitsgeberin ist dementsprechend wichtig. Und dann noch eine letzte Kennzahl: Die Leerwohnungsziffer kann man im Bericht lesen, ist bei krass tiefen 0.29%. Umso wichtiger, dass wir bei künftigen Projekten auf unnötige Luxusbauten verzichten und stattdessen auf bezahlbaren Wohnraum setzen.

Noch eine generelle Bemerkung zum Schluss und auch ein Blick nach vorne: Hilfreich wäre, wenn die Daten nicht nur als PDF zur Verfügung stehen würden, sondern auch die Rohdaten bzw. Excels als Open Data verfügbar wären, so dass man zum Beispiel auch über längere Zeiträume entsprechende Auswertungen machen könnte, ohne dass man es in der Verwaltung anfragen müsste resp. aus den PDF's zusammenkopieren muss.

Dem Bericht als Ganzes und auch den Nachkrediten werden wir seitens Grüne/Junge Grüne einstimmig zustimmen.

Fraktionssprecherin SP/JUSO Brigitte Rohrbach, SP Frauen: Ich möchte mich auch im Namen der SP/JUSO-Fraktion bei der Verwaltung für den gut aufbereiteten und informativen Jahresbericht 2023 sowie die Jahresrechnung bedanken. Wir sind uns bewusst, wie viel Arbeit hier jeweils dahintersteckt. In meinem Votum werde ich mich in erster Linie auf den Jahresbericht fokussieren.

Die SP/JUSO-Fraktion ist über den Ertragsüberschuss im Steuerhaushalt erfreut. Wir nehmen zur Kenntnis, dass das gute Ergebnis des Vorjahres fortgeschrieben resp. sogar noch gesteigert werden konnte. Der kumulierte Bilanzüberschuss beträgt nun CHF 20.4 Mio. Trotzdem wollen wir das positive Ergebnis nicht als komplette Entwarnung verstanden wissen. Uns sind bei der genaueren Ansicht des Jahresberichts 2023 folgende Punkte aufgefallen:

1. Zu den Einmaleffekten im Bereich Erträge: Wir haben Erträge aus Steuern, die sich dank der angenommenen Steuererhöhung erfreulich entwickelt haben. Weiter haben wir Erträge aus Arealentwicklungen. Bei der Kapitalisierung von Baurechten und bei der Rückerstattung von Infrastrukturkosten, die in diesem Jahr zum guten Ergebnis beigetragen haben, handelt es sich um solche Erträge. Es ist nicht möglich, solche Erträge zu glätten und zum Teil auch vorauszusehen, wann sie kommen werden. Dies führt dann zu sogenannten Einmaleffekten, welche wir hier haben, die das Ergebnis deutlich beeinflussen können. Deshalb werden wir auch in den nächsten Jahren vermutlich solchen Ertragsschwankungen haben.
2. Im Bereich Personal möchten wir folgendes festhalten: Der höhere Personalaufwand ist in erster Linie auf die Bildung von Rückstellungen für Gleitzeitguthaben sowie auf den Teuerungsausgleich zurückzuführen. Der Vergleich des Kostenanstiegs gegenüber dem Vorjahr ist etwas schwierig, da wir uns im 2022 ein halbes Jahr im budgetlosen Zustand befunden haben und verschiedene Stellen nicht besetzt werden konnten. Trotz des gewährten Teuerungsausgleichs wurde nicht die komplette Teuerung aufgefangen. Somit haben die Mitarbeitenden der Gemeinde Köniz einen Kaufkraftverlust erlitten. Wir als SP/JUSO-Fraktion erwarten für das aktuelle Jahr den kompletten Teuerungsausgleich. Weiter ist uns in diesem Bereich aufgefallen, dass der Frauenanteil im Kader zwar gestiegen ist, aber immer noch nicht da steht, wo wir uns dies wünschen. Wir bitten den Gemeinderat bei zukünftigen Anstellungen diesem Punkt sehr grosse Beachtung zu schenken. Ausserdem möchten wir darauf hinweisen, dass aufgrund des Fachkräftemangels und den begrenzten personellen Ressourcen, der vorhandene Personalbestand gut geplant und eingesetzt werden muss. Ansonsten droht die Gefahr von Überhitzung resp. Ausbrennen der Mitarbeitenden. Die Überstunden und Gleitzeitguthaben haben gegenüber dem Vorjahr relativ stark zugenommen.
3. Zu den Investitionen: Wie bei den Erträgen erläutert, fallen auch die Investitionen nicht linear an. Dieser Umstand verzerrt den Investitionsgrad. Zum Beispiel beim Schulhaus Morillon werden von den geplanten Totalkosten ca. 2/3 in einem Jahr anfallen. In diesem Jahr wird der Investitionsgrad überdurchschnittlich sein. Das heisst für uns, dass bei Verzögerungen von Investitionsprojekten, sei es durch Einsparungen oder was auch immer, Ersatzprojekte realisiert werden müssen.

Diese Ersatzprojekte kennt man zwar, jedoch sind sie in der Planung zu wenig weit, um kurzfristig umgesetzt werden zu können. Die SP/JUSO-Fraktion wünscht sich hier eine bessere Planung, damit kleinere Projekte bei Verzögerungen von anderen Projekten kurzfristig umgesetzt werden können. Somit könnte auch der Investitionsstau so vielleicht reduziert werden. Wir sehen aber auch, dass die grösste Einschränkung für die Realisierung der Investitionen nicht finanzieller, sondern vor allem personeller Natur ist.

Nun komme ich noch zu einigen allgemeinen Punkten, die wir aus dem Jahresbericht festhalten möchten:

1. Im Bereich der Schul- und Sportinfrastruktur erkennen wir, dass peu à peu Sanierungen vor allem in den Schulhäusern vorgenommen werden. In Anbetracht des dringenden Handlungsbedarfs in diesem Bereich – vor allem auch für die Sportvereine – ist das aber zu wenig. Die SP/JUSO-Fraktion erwartet, dass in diesem Bereich mehr gemacht und schneller vorwärts gegangen wird.
2. Zu meinem letzten Punkt: Was ist uns sonst noch wichtig zu erwähnen, dass die Gemeinde für die Bevölkerung gemacht hat? Die SP/JUSO-Fraktion wertet die Entwicklung im Projekt "gemeinsam altersfreundlich" positiv. Die Schaffung der Koordinationsstelle der Nachbarschaftshilfe im letzten Jahr erachten wir als wichtig und richtig. Wir hoffen, dass im Sinne der Umsetzung des Postulats "Köniz für Nachbar:innen" hier noch eine Ausweitung auf weitere Bevölkerungsgruppen stattfindet. Im Bereich des bezahlbaren Wohnens stellen wir fest, dass zu wenig getan wird. Die Mieten steigen auch in Köniz teilweise ins Unermessliche und es gibt keine Gegensteuer. Wir fordern den Gemeinderat auf, bei der Planung von Wohnungsüberbauungen darauf zu achten, dass bezahlbaren Wohnraum für alle geschaffen werden kann.

Zusammenfassend kann ich sagen, dass die eingeschlagene Richtung im Bereich unserer Gemeindefinanzen stimmt. Wir müssen aber weiterhin dranbleiben, damit es auch so bleibt. Wir haben noch viele Herausforderungen anzupacken. Die SP/JUSO-Fraktion wird alle Anträge des Gemeinderates einstimmig unterstützen.

Fraktionssprecher Florian Moser, SVP: Auch wir danken für den ausführlichen Jahresbericht. Die Unterlagen sind klar, verständlich und ziemlich detailliert aufgeführt. Die Fraktion der SVP dankt allen involvierten Personen, welche zur Erstellung dieser guten Jahresrechnung und dem guten Verwaltungsbericht beigetragen haben.

Kurz noch zu den wichtigsten oder störenden Zahlen:

- Der Personalaufwand hat um CHF 4.3 Mio. gegenüber dem Vorjahr zugelegt - oder CHF 1 Mio. gegenüber dem Budget. Und CHF 1 Mio. zum Budget empfinde ich als ziemlich viel. Auch der Sach- und Betriebsaufwand hat um CHF 4.9 Mio. gegenüber dem Vorjahr zugenommen – oder auch dort, CHF 3.1 Mio. gegenüber dem Budget. Das heisst, wir haben CHF 4.1 Mio. mehr Ausgaben bei den wichtigsten Ausgabepositionen "Personal- und Betriebsaufwand". Das ist für mich zu viel, da man beim Budget ja bereits alle Mehrkosten budgetiert hat. Man hat dort die Teuerung reingenommen, man hatte die Vergütungen des Personals und alles drin und man hat hier trotzdem überschossen. Und da frage ich mich schon, wie gut das Budget war.
- Das Ergebnis aus der betrieblichen Tätigkeit ist CHF 4.1 Mio. im Minus. Das ist beunruhigend. Das ist gegenüber dem Vorjahr eine Verschlechterung um CHF 13 Mio. Aber wenigstens ist es ein bisschen eine Verbesserung gegenüber dem Budget kann man sagen. Diese Zahl der betrieblichen Tätigkeit ist eigentlich extrem wichtig. Wie Dominic Amacher bereits gesagt hat, ist dies das Kerngeschäft der Gemeinde. Dort bildet sich ab, ob es gut läuft oder nicht.
- Durch die Kapitalisierung der Baurechte, in der Höhe von CHF 7.5 Mio., sowie durch Rückerstattungen von Infrastrukturkosten in der Höhe von CHF 4 Mio., konnten wir das Ergebnis korrigieren. Das sind CHF 11.5 Mio. welche wir zusätzlich eingenommen haben, welche nicht selbstverständlich sind, welche Einmaleffekte sind und dessen muss man sich bewusst sein. Ansonsten würde die Rechnung nämlich ziemlich dürrig aussehen.
- Mit diesen aussergewöhnlichen Finanzierungsergebnissen konnten wir die Schulden abbauen, was sicherlich gut ist. Ein Schuldenabbau von CHF 5 Mio. ist ein guter Wert, die Nettoschuld pro Einwohner ist gesunken. Das Ziel muss sein, dass wir dies durchziehen können und weiterhin einen Schuldenabbau machen können.
- Die Nachkredite in der Höhe von CHF 1.8 Mio. nehmen wir zur Kenntnis. Ändern kann man diese ja nicht und dort haben wir keine Einwände.
- Wo wir noch etwas gesehen haben, ist bei der Organisation DBS, dort sind noch Zusatzkosten von Drittaufträgen verbucht und dort kann der Gemeinderat vielleicht noch präzisieren oder Auskunft geben, worum es dort geht.

- Erfreulich ist, dass wir einen Bilanzüberschuss in der Höhe von mittlerweile CHF 20.4 Mio. haben und so darf es weitergehen.
- Die tiefe Investitionssumme von CHF 17.8 Mio. ist aussergewöhnlich und man hat CHF 28 Mio. budgetiert. Da stellt sich für uns schon die Frage, wie dies weitergehen soll, wie man dies in den nächsten Jahren aufholen soll und diese Investitionen tätigen will. Es bleibt ja weiterhin angespannt. Man hat den Fachkräftemangel, man hat Verzögerungen im Projekt und der Nachholbedarf wird auch nicht kleiner, das kann man nicht wegdiskutieren.
- Aber immerhin habe ich auch noch entnommen, dass man einige Personen anstellen konnte. Ich habe hier eine Zahl von 49 Personen im Monatslohn und ich gehe davon aus, dass dies Fachkräfte sind und dann kann man hier sicherlich auch etwas entgegenwirken.

Das Fazit: Das Ergebnis aus der betrieblichen Tätigkeit ist eigentlich unbefriedigend. Es bleibt sensibel, wir dürfen uns nicht zurücklehnen, wir müssen weiterhin positive Ergebnisse machen, wir wollen die Schulden abbauen und wir müssen extrem auf die Kosten schauen.

Die SVP-Fraktion folgt dem Gemeinderat und bewilligt unter Punkt 1 die Nachkredite von CHF 1.851 Mio. Auch folgend wir dem Gemeinderat im Punkt 2.1 und genehmigen die Jahresrechnung 2023 und unter Punkt 2.2 den Verwaltungsbericht 2023.

Gemeindepräsidentin Tanja Bauer, SP: Ich danke der Finanzkommissionspräsidentin und der GPK-Präsidentin für die gute Wiedergabe dieses Geschäfts, ihr habt alles Wichtige gesagt und ich werde dies hier nicht mehr wiederholen. Ich bedanke mich auch für den Dank und die Anerkennung der Arbeit, welche ihr hier gesagt habt, insbesondere auch durch die GPK-Referentin. Das hören wir gerne und das wird auch sicherlich in der Verwaltung gut aufgenommen.

Es ist so, ihr habt hier ein Werk vor euch, in welchem alles drin steht, was in der Gemeinde im Jahr 2023 erarbeitet worden ist. Es ist umfangreich und es soll euch auch einen guten Überblick geben, immer auch mit dem Blick auf die Zukunft.

Kurz: Es sind nicht irgendwelche Liegenschaften, welche hier abgebildet sind, sondern es ist immer das Schloss Köniz. Es sind ganz viele vom Schloss, vom Schlosspark und wir hoffen, dass wir damit ein bisschen einen Eindruck von diesem wertvollen Kulturgut geben können, welches wir hier im Herzen von Köniz haben und worüber wir im August noch sprechen werden.

Aber zurück zum Jahresbericht: Ich nehme wahr, dass ihr verschiedene Themen ausgemacht habt. Es sind alles auch die wirklich relevanten Themen, welche ihr angesprochen habt und ich würde gerne zu einigen dieser Themen etwas sagen:

- Das erste Thema ist, dass der Steuerertrag deutlich über dem Budget liegt. Das ist so und das haben wir euch auch bei der Budget 2024-Erarbeitung gesagt, dass wir dies jetzt anpassen werden. Im Budget 2024 haben wir hier unsere Schlüsse gezogen und haben diesen Steuerertrag entsprechend den neuesten Erkenntnissen angepasst. Das war im 2023 noch nicht der Fall, aber man kann nicht jedes Mal davon ausgehen, dass der Steuerertrag um so viel positiver ausfallen wird. Zudem haben wir von den Einmal- und Sondereffekten gesprochen. Im Steuerertrag aber - dazu komme ich gleich noch, es gibt verschiedene Einmal- und Sondereffekte – wo wir davon ausgegangen sind – das haben wir mit der Finanzkommission und auch hier mit dem Budget 2024 diskutiert – dass wir einen Teil davon budgetieren wollen, da unterschiedliche von diesen anfallen, aber es fallen immer einige an. Dort geht es aber um die Einmal- und Sondereffekte auf der Steuerseite. Darum ist dies im Budget 2024 jetzt anders, als ihr jetzt in der Rechnung 2023 seht. Und der Steuerertrag in der Rechnung 2023 gibt uns eigentlich Recht, für das, was wir im Budget 2024 gemacht haben.
- Jetzt möchte ich aber zu diesen angeblichen Einmal- und Sondereffekten in der Rechnung 2023 kommen: Das sind nicht dieselben. Da geht es einerseits um eine Baurechtsbewertung, das ist nicht einfach so ein Sondereffekt, sondern das ist das Baufeld F im Ried, worüber hier mehrfach debattiert wurde. Dieser Effekt kam durch sehr viel Arbeit in der Verwaltung zustande. Ihr wisst selber, was man alles auf Planungs- und Liegenschaftsseite machen musste, bis man soweit war, damit wir dieses Baurecht beim Baufeld F geben konnten. Das ist durchaus ein betriebliches Ergebnis hier. Ihr habt durchaus hier etwas, was die Verwaltung und der Gemeinderat erarbeitet haben, welches ihr genehmigt habt und welches dann einmal aperiodisch auf einmal kapitalisiert wurde – es gibt ja noch eine zweite Kapitalisierung - das legt man im Baurechtsvertrag fest. Und von da an gibt es Baurechtszinsen. Das ist eine wichtige Einnahme für unsere Gemeinde, diese Kapitalisierung und diese Baurechtszinsen und für diese arbeiten wir und hierfür investieren wir vor.
- Dasselbe gilt für die Rückzahlungen aus der Infrastruktur: Auch hier hat die Gemeinde vorfinanziert, wir erhalten dieses Geld zurück.

Also so zu tun, als wäre dies etwas, was man einfach von der Rechnung abziehen und aus der Rechnung rausnehmen muss, ist falsch. Im Gegenteil, es zeigt euch, dass dies nebst der Steuereinnahmen unsere wichtigsten Einnahmen sind – die Einnahmen aus diesen Arealentwicklungen, wir werden später ja auch noch zu einer solchen Arealentwicklung kommen, für welche genau das auch gilt. Wenn wir in den nächsten Jahren mit unserem grossen, schönen Schiff in sicheren Gewässern sein wollen - in dieser dynamischen Gemeinde, welche viele Möglichkeiten hat, sich weiterzuentwickeln und das eigentlich auch vorgesehen ist – dann ist immer die Frage, was entwickeln wir, wo investieren wir vor und was erhalten wir zurück. Und das wird euch in den Anträgen auch immer aufgezeigt. Es ist ganz wichtig, dass irgendwann etwas zurückfliesst, sonst haben wir nämlich gratis gearbeitet und das wäre nicht so gut. Darum ist es auch sehr wichtig, dass man sich zu Beginn einigt. Darum haben wir zum Beispiel die Ortsplanungsrevision und dort klar definiert, welche Gebiete entwickelt werden sollen - von der Gemeindebevölkerung abgesegnet – und in diesen Gebieten entscheiden wir hier auch, was genau entwickelt werden soll, mit welchen Vorgaben, mit welchen Rückläufen und darum ist dies nicht einfach ein Sonder- und Einmaleffekt, welchen man abziehen und sagen kann, dieser tut nichts zur Sache.

- Dann wurde oft gesagt, der Sach- und Betriebsaufwand und der Personalaufwand hat zugenommen. Da müssen wir etwas genauer hinschauen, warum das so ist: Es haben relativ viele gesagt, dass die Investitionstätigkeit zunehmen muss. Mit Investitionen verbunden sind immer Sanierungen und Unterhalt und das haben wir hier schon mehrfach besprochen, das wurde in den vergangenen Jahren vernachlässigt. Ihr wisst, der Fall OZK, welchen man in Extremis sanieren musste, mit sehr grossen Kostenfolgen. Das ist Sach- und Betriebsaufwand – Sanierungen und Unterhalt. Und dort haben wir alle gesagt, dass wir vorwärts machen und diesen Nachholbedarf aufholen müssen – und das ist auch richtig, dass wir hier vorwärts kommen. Und ja, das zeigt sich in dieser Kontogruppe. Aber das ist eigentlich mit einem guten Effekt verbunden. Und das zweite, was hier ganz wichtig zu sagen ist: Um diesen Nachholbedarf aufzuholen braucht es auch Personal und es braucht auch Personal, um den Investitionsstau aufzuholen. Es ist wichtig, dass dies keine Milchbüchleinrechnung ist. Man muss einerseits auf der einen Seite Personal haben, um etwas umsetzen zu können und andererseits, wenn wir gewisse Sachen nicht machen, haben wir Folgekosten, welche uns sehr teuer zu stehen kommen können. Hier haben wir diesen Effekt, welche sich alle wünschen, dass wir unseren Gebäudepark gut unterhalten, auch energieeffizient – wir wollen das Netto-Null-Ziel bis 2045 erreichen, welches ihr uns so gegeben habt – und das muss hier auch ersichtlich sein. Beim Personalaufwand ist es auch klar so, dass einige Sachen enthalten waren – CHF 1 Mio. zum Budget ist noch relativ exakt mit der Höhe dieser Kontogruppe – aber man muss hier ganz klar dazu sagen, wir spüren den Fachkräftemangel, darum haben wir jetzt ja auch diese Revision des Personalrechts, weil zum Teil tatsächlich Lohnanpassungen gemacht oder eben auch zusätzliche Stellen geschaffen werden mussten - ihr habt es selber gesagt, die Überzeit hat drastisch zugenommen. Es ist dort also auch immer erklärbar, warum dies ansteigt. Und es ist mir noch wichtig zu sagen, dass dies nicht einfach vom Himmel gefallen ist, sondern viel mit den Zielen zu tun hat, welche wir uns hier alle gegeben haben.
- Gerne würde ich noch etwas zu den Investitionen sagen: Es ist richtig, es ist tatsächlich etwas, was wir noch nachholen müssen. Es gibt vielfältige Gründe - das hat die SP-Sprecherin gut gesagt - das Schulhaus Morillon, dieser Erweiterungsbau, ist für uns eine sehr grosse Investition, diese ist über mehrere Jahre im IAFP, für diese müssen wir viele Ressourcen einsetzen, gerade auch zu Beginn, bei der Planung. Aber dann, wenn die grosse Zahlung kommt, dann wird unserer Realisierungsgrad super sein, doch gearbeitet wurde daran mehrere Jahre, damit dies dann realisiert werden kann und das sieht man in den Büchern dann vor allem auch wieder in einem Jahr. Da muss man auch ein bisschen an das ganze Projekt denken und insgesamt sehen und dass dies dann plötzlich einen guten Realisierungsgrad gibt, aber eigentlich hat man bereits zuvor drei, vier Jahre daran gearbeitet.
- Wir haben von mehreren gehört, dass wir besser planen müssen, dass wir Ersatzprojekte haben müssen. Das ist angekommen und das ist auch unsere Meinung. Wir werden eine Möglichkeit haben, im IAFP 2025 und fortfolgende Jahre auch über die Investitionen vertieft zu sprechen und wir haben euch auch gesagt, dass wir an der Schulraumplanung dran sind. Ihr wisst, Schulhäuser sind unsere wichtigsten Hochbaukategorien, welche wir haben und dort haben wir wirklich einen Bedarf bei der Planung. Das fordert ihr schon lange und da habt ihr auch Recht, dass wir euch dort eine solche Schulraumplanung vorlegen, wo man daraus auch diese Investitionen ableiten kann und auch die Priorität der Investitionen. Und ja, es wird auch notwendig werden, diese auf eine Zeitachse zu bringen und wir werden nicht alles gleichzeitig machen können, da wird man etwas priorisieren müssen und das wird sicher auch nicht einfach sein.

Das werden wir im Herbst anschauen und immer weiter verfeinern, so, dass wir ein wirklich gutes Arbeitsinstrument haben, da sind wir sehr bei euch, das finden wir auch wichtig.

- Das Thema zur Spezialfinanzierung Klimaschutz nehmen wir mit. Ich gebe gerne zu, das ist ja ein sehr neues Reglement und diese Möglichkeit, dass man aus der Rechnung einlegen kann, das kennen wir ansonsten nicht und wir wussten schlicht und einfach noch nicht, wie dieser Mechanismus funktionieren kann. Sicher ist – das Reglement gilt ja erst seit März – da wäre es bereits etwas spät gewesen, wegen der ganzen Berichterstattung und der Revision der Rechnung und wir müssen jetzt herausfinden, wie wir so etwas entscheiden können. Denn wenn wir dies erst ganz am Schluss des Prozesses entscheiden würden, kann es eben sein, dass man alles neu machen muss und vielleicht gibt es ja einen besseren Weg. Wir klären dies auf jeden Fall ab, wie man das, was im Reglement steht, umsetzen könnte.
- Gerne würde ich auch noch sagen, dass es verschiedene Fragen zu verschiedenen Themen zum GPK-Verwaltungsbericht gegeben hat. Dort möchte ich zuerst auch den GPK-Mitgliedern für ihres Interesse danken und für diesen Bericht, welchen sie gemacht haben. Ich werde jetzt nicht zu allen Sachen etwas sagen, welche aufgenommen wurden, meine Kollegen, dürfen dann selber etwas sagen, wenn sie zu irgendetwas noch etwas sagen möchten. Zwei Sachen möchte ich gerne herauspicken: Das eine war die Frage von Dominic Amacher, zu den Gemeindebetrieben. Dazu will ich sagen, dass wir die GPK immer informiert haben, das war wirklich eine schwierige Zeit, das konntet ihr vielleicht auch ein bisschen über unsere News verfolgen, dass wir Abgänge bei der Abteilungsleitung hatten und das wir aus diesem Grund dort Stabilisierungsmassnahmen einleiten mussten. Die GPK war darüber aber immer informiert und wir sind dort auf einem sehr guten Weg. Uns ist es wichtig, dass wir auch während des Fachkräftemangels jederzeit gewährleisten konnten, dass alles in der Gemeinde Köniz funktioniert – Wasser, Abwasser etc. – das war sehr wichtig, aber auch dass wir stabilisieren können und da sind wir auf einem sehr guten Weg. Wir haben die GPK sicher sehr ausführlich informiert, dass es jetzt im GPK-Bericht steht, erscheint mir nicht weiter schlimm, aber wenn weitere Fragen da sind, können wir diese sicher gerne im Detail anschauen.
- Dann noch die Frage von Florian Moser, welcher er bei der DBS hatte. Dort ging es um die Kosten für Dritte. Das ist eine spezielle Position, worüber wir die Finanzkommission auch informiert haben, das ist diese Hardwarebeschaffung. Das war eine einmalige Situation, welche auch die BDO festgestellt hat und welche wir jetzt anders machen werden, aber das ist eine Ausnahme und hätte nicht so laufen sollen.

Das wäre von meiner Seite her alles, vielen Dank für die positive Aufnahme und dass ihr den Anträgen des Gemeinderates zustimmt.

Hansueli Pestalozzi, Gemeinderat, Grüne: Ganz kurz, zur Frage oder Bemerkung von Matthias Müller, dass wir bei den gemeindeeigenen Gebäuden nicht auf dem Netto-Null-Pfad sind - im Gegenteil, der Wärmebedarf ist gestiegen. Das liegt an zwei Gebäuden, welche wir gekauft haben, das eine ist der Bären im Niederscherli und das andere ist die Sägestrasse 65. Der Bären Niederscherli wird nächstens an den Wärmeverbund angeschlossen, dann wird dieser auch erneuerbar geheizt und die Sägestrasse 65, da haben wir das Baurecht erworben, auch hier ist das Ziel, dass das Gebäude einem Wärmeverbund angeschlossen werden kann - eine Wärmeversorgungsplanung liegt vor. Weitere Details erhaltet ihr an der Informationsveranstaltung vom 2. Juli. Diese zwei Gebäude machen 200 Tonnen CO2 pro Jahr aus. Wenn ihr das abzieht, dann seht ihr, dass die Wärme perfekt auf dem Absempfad ist.

Beschluss

1. Das Parlament bewilligt folgende Nachkredite für das Rechnungsjahr 2023:

Konto	Bezeichnung	Betrag
1500.3130	Dienstleistungen Dritter	CHF 276'085.71
3600.3113	Hardware	CHF 292'735.09
3750.3120	Ver- und Entsorgung Liegenschaften VV	CHF 252'360.75
3750.3144	Unterhalt Hochbauten, Gebäude	CHF 452'142.31

4600.3130	Dienstleistungen Dritter	CHF 372'077.96
5700.3119	Übrige nicht aktivierbare Anlagen	CHF 206'191.55
	Total Nachkredite Parlament	CHF 1'851'593.37

(Abstimmungsergebnis: einstimmig)

2. Das Parlament genehmigt den Jahresbericht 2023, bestehend aus

- 2.1 der Gemeinderechnung 2023, die bei Aufwendungen von CHF 252'634'039.33 und Erträgen von CHF 262'777'558.33 mit einem Gesamtergebnis (Ertragsüberschuss) von CHF 10'143'519.00 resp. einem Ergebnis im allgemeinen Haushalt (Steuerhaushalt) von CHF 11'849'636.03 (Ertragsüberschuss) abschliesst, wie auch die Bilanz, welche per 31. Dezember 2023 Aktiven und Passiven von CHF 507'685'040.28 ausweisen.

(Abstimmungsergebnis: einstimmig)

2.2 dem Verwaltungsbericht 2023

(Abstimmungsergebnis: einstimmig)

PAR 2024/51

Station Oberwangen, Zone mit Planungspflicht ZPP Nr. 12/3, Änderung der baurechtlichen Grundordnung

Beschluss und Botschaft; Direktion Planung und Verkehr

1. Vorbemerkung

Die wesentlichen Inhalte zu dieser Vorlage sind im Entwurf der Botschaft an die Stimmberechtigten erläutert. Nachfolgend werden gewisse Themen vertieft erläutert. Für das bessere Verständnis des Gesamtkontextes enthalten einzelne Abschnitte im Parlamentsantrag dennoch Wiederholungen der Aussagen in der Abstimmungsbotschaft.

Der Wortlaut der besonderen Vorschriften ist der Botschaft des Parlaments an die Stimmberechtigten zu entnehmen. Die detaillierten Planungsinstrumente sind auch unter www.koeniz.ch/station-oberwangen aufgeschaltet. Ebenfalls dort ist der Raumplanungsbericht und das Richtkonzept zu finden, welche weitere hilfreiche Erläuterungen enthalten.

2. Ausgangslage

2.1 Planungsauslöser, Lage und Situation

Das Areal der ZPP "Station Oberwangen" liegt direkt an der S-Bahnstation Oberwangen, ist heute grösstenteils ungenutzt und liegt brach. Die Varem AG, als Grundeigentümerin mit den grössten Anteilen am Perimeter, beabsichtigt gemeinsam mit der Projektentwicklerin Halter AG, auf dem Areal eine verdichtete Wohnüberbauung mit Ergänzungsnutzungen wie z.B. Verkaufsnutzung, oder Angebote im Bereich Gesundheit und Bildung zu realisieren.

Um eine qualitativ hochwertige Entwicklung sicherzustellen, hat die Varem AG unter Teilnahme der anderen Grundeigentümerschaften ein qualitätssicherndes Verfahren in Form eines Gutachterverfahrens lanciert. Das mehrstufige Entwicklungs- und Planungsverfahren wurde von der Gemeinde begleitet. Im Rahmen des Gutachterverfahrens hat sich gezeigt, dass die rechtsgültige ZPP Nr. 12/3 «Station Oberwangen» weiterentwickelt bzw. geändert werden muss, damit das Ergebnis des qualitätssichernden Verfahrens umgesetzt werden kann.

2.2 Rechtsgültige Planung

Das Areal liegt gemäss rechtsgültiger baurechtlicher Grundordnung der Gemeinde Köniz in der ZPP Nr. 12/3 «Station Oberwangen» mit einer Beschränkung der Gebäudehöhe auf höchstens 589.00 m ü. M. Die ZPP wurde von der Ortsplanungsrevision ausgenommen, damit diese nicht infolge der Genehmigung der OPR bestätigt und eine Änderung durch die Planbeständigkeit verunmöglicht wird.

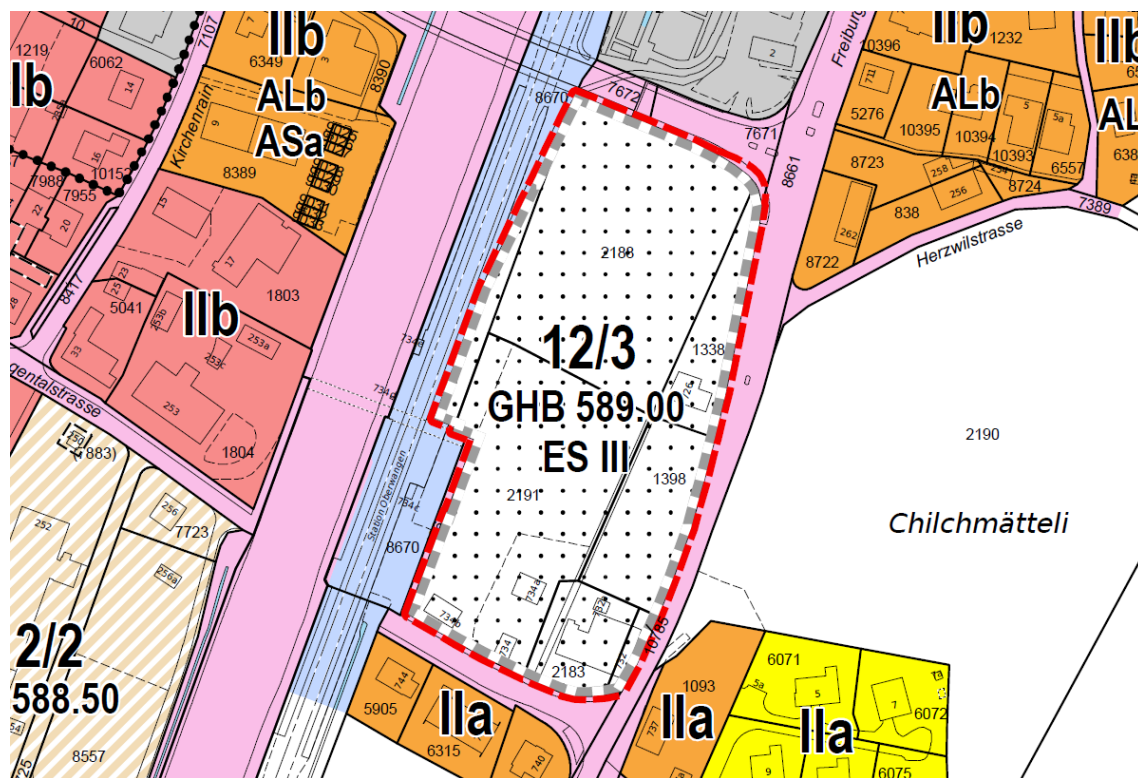


Abb.
1:
Aus-
zug

rechtsgültiger Nutzungsplan mit Perimeter der Nutzungsplanänderung (rot gestrichelte Linie)

2.3 Grundeigentümerverhältnisse

Die Varem AG ist Grundeigentümerin der Parzellen Nrn. 1338, 2188, 2191 sowie 10785, und beabsichtigt mit Unterstützung der Halter AG das Areal zu entwickeln. Die Parzellen Nrn. 1398 und 2183 sind im Privateigentum. Die Varem AG verfügt über ein Kaufrecht von Parzelle 1398. Der ZPP-Perimeter umfasst zudem im nord-westlichen Gebiet ein Teil der Parzelle Nr. 8670, welche im Eigentum der SBB ist. Innerhalb des Änderungsperimeters liegt zudem eine Teilfläche der Strassenparzelle 7671, welche im Eigentum der Gemeinde Köniz ist.

3. Inhalt

3.1 Gutachtenverfahren und Richtkonzept

Um eine qualitativ hochwertige Entwicklung zu sichern, wurde in einem ersten Schritt ein qualitätssicherndes Verfahren in Form eines Gutachterverfahrens durchgeführt. In dessen Rahmen wurden das Planungsteam Aebi & Vincent Architekten AG, unterstützt durch die Kontextplan AG, extra Landschaftsarchitekten und Gartenmann Engineering AG, mit der Ausarbeitung eines städtebaulichen Konzeptes für eine gut in die Umgebung eingebettete Überbauung des Areals beauftragt. Das Verfahren wurde von einer unabhängigen Fachjury begleitet. Die im August 2019 gewählte Bestvariante bildete die konzeptionelle Grundlage für die Ausarbeitung der Änderung der Zone mit Planungspflicht (ZPP) Nr. 12/3 «Station Oberwangen».

Auf Basis der Bestvariante wurde das Richtkonzept erarbeitet. Darin wurden die zentralen Inhalte generalisiert und für die weitere Entwicklung, der Zielvorstellungen und Rahmenbedingungen in den Bereichen Städtebau, Freiraum, Verkehr und Erschliessung festgehalten. Das Richtkonzept zeichnet sich insbesondere durch die sowohl horizontal wie auch vertikal gestaffelten Gebäude aus. Die Gebäude erscheinen so in einer terrainbezogenen Körnigkeit, welche einen Ortsbezug zum dörflichen Oberwangen schafft, aber dennoch eine adäquate Dichte zulässt.

Mit der nord-süd ausgerichteten Gebäudetypologie wird auf die bahn- und strassenseitige Lärmproblematik reagiert und die Aufenthaltsqualität der inneren Freiräume gestärkt. Diese sind mit einem flächendeckenden Fusswegnetz durchzogen, verbinden so die Umgebung mit dem Bahnhof Oberwangen und beleben die neue Wohnüberbauung.

3.2 Änderung baurechtliche Grundordnung

Damit das Richtkonzept umgesetzt werden kann, muss die rechtsgültige ZPP Nr. 12/3 «Station Oberwangen» weiterentwickelt bzw. geändert werden. Die Änderung erfolgt aufgrund der Erhöhung der zulässigen Gebäudehöhen im ordentlichen Verfahren und unterliegt der Volksabstimmung.

Änderung Nutzungsplan

Mit der Planänderung wird die altrechtliche ZPP Nr. 12/3 «Station Oberwangen» in die neue baurechtliche Grundordnung überführt. Die im alten Plan festgelegte Gebäudehöhe (GHB) von 589.00 m ü. M. wird aufgehoben. Die ZPP wird neu in einen Sektor A und B unterteilt und in den besonderen Vorschriften zur ZPP werden die zulässigen Gesamthöhen nach BMBV¹ pro Sektor definiert. Zur Sicherung des Raumbedarfs für die Sanierung der Freiburgstrasse wird ein Teilabschnitt der ehemaligen ZPP der Verkehrszone Strasse zugewiesen. Der in der ehemaligen ZPP liegende Teilbereich von Parzelle 8670, im Eigentum der SBB, wird der Verkehrszone Bahn zugewiesen. Die Teilfläche der Strassenparzelle 7671 im Eigentum der Gemeinde, welche innerhalb des Änderungsperimeters liegt, wird aufgrund der neuen Knotengeometrie Mühlestrasse/Freiburgstrasse der Sanierung Freiburgstrasse, der neuen ZPP zugewiesen.

Änderung besondere Vorschriften zum Nutzungsplan

Mit der Planänderung werden die rechtsgültigen besonderen Vorschriften zum Nutzungsplan der ZPP Nr. 12/3 «Station Oberwangen» durch neue ZPP-Vorschriften ersetzt. Die neuen Festlegungen stützen sich dabei auf das im Richtkonzept festgehaltene städtebauliche Konzept aus dem Gutachterverfahren. Die wichtigsten Bestandteile werden hiermit grundeigentümergebunden festgelegt. Die besonderen Vorschriften zum Nutzungsplan unterteilen sich in die Bestimmungen zu Planungszweck, Art und Mass der Nutzung, Gestaltungsgrundsätze sowie verschiedene weitere Bestimmungen.

3.3 Vereinbarung zwischen der Grundeigentümerin und der Gemeinde

Aufgrund der Erfahrungen mit der vorangegangenen Grundeigentümerschaft (ZPP-Anpassungen für ein Bauvorhaben, welches nicht realisiert wurde), soll mit dem unterzeichneten Bauverpflichtungsvertrag sichergestellt werden, dass das Vorhaben effektiv realisiert wird. Diese Vereinbarung enthält eine Lenkungsabgabe, welche zum Tragen kommt, falls die Überbauung nicht innerhalb eines vorgegebenen Zeitraums in Angriff genommen wird. Für den vom allfälligen Verzug betroffenen Zeitraum hat die Grundeigentümerin eine jährlich wiederkehrende Abgabe zu entrichten, wobei sich der Betrag jährlich erhöht und ab dem 5. Verzugsjahr konstant bleibt. Die Lenkungsabgabe würde dann mit der Überbauung von mindestens 70 % der minimalen Geschossfläche der ZPP zum Zeitpunkt der Schnurgerüstabnahme enden.

Aufgrund des Genehmigungsvorbehaltes aus der kantonalen Vorprüfung (vgl. unten), wurde eine weitere Vereinbarung zwischen Grundeigentümerin (Varem AG), der Projektentwicklerin (Halter AG), dem Tiefbauamt des Kantons Bern und der Gemeinde abgeschlossen. Darin verpflichtet sich die Grundeigentümerschaft, das für die Sanierung der Freiburgstrasse notwendige Bauland an den Kanton abzutreten und den notwendigen Teilabbruch des ehemaligen Bauernhauses auf Parzelle Nr. 2183 zu finanzieren. Der Teilabbruch des Bauernhauses ermöglicht die Einhaltung der notwendigen Sichtberme und damit einen genehmigungsfähigen Knoten Zufahrtsstrasse Station Oberwangen/Freiburgstrasse.

¹ [Verordnung über die Begriffe und Messweisen im Bauwesen \(BMBV\)](#)

4. Verfahren und weiteres Vorgehen

4.1 Öffentliche Mitwirkung

Die öffentliche Mitwirkung fand vom 2. November bis 2. Dezember 2020 statt. Bei den Mitwirkenden stiess die Planung auf überwiegend positives Echo. Der Ortsverein Oberwangen hat sich ebenfalls positiv zur Planung geäussert. Details zur Mitwirkung sind dem Mitwirkungsbericht zu entnehmen.

4.2 Kantonale Vorprüfung

Im Rahmen der kantonalen Vorprüfung hat das Amt für Gemeinden und Raumordnung die Planungsinstrumente auf ihre Rechtmässigkeit geprüft. Einen Genehmigungsvorbehalt gab es aufgrund der ungenügenden Sichtberme beim Knoten Zufahrtsstrasse Station Oberwangen/Freiburgstrasse und der dadurch mangelhaften Erschliessung des Areals. Mit der Vereinbarung zwischen Grundeigentümerin (Varem AG), der Projektentwicklerin (Halter AG), dem Tiefbauamt des Kantons Bern (OIK II) und der Gemeinde, kann die Verkehrssicherheit beim Knoten sichergestellt werden, weshalb der OIK II seinen Genehmigungsvorbehalt zurückgezogen hat.

4.3 Öffentliche Auflage

Die öffentliche Auflage fand vom 23. November bis 22. Dezember 2023 statt. Innerhalb der Auflagefrist gingen keine Einsprachen gegen die Änderung der ZPP ein.

4.4 Beschluss, Volksabstimmung und Genehmigung

Nach der Beschlussfassung durch das Gemeindeparlament wird die ZPP den Stimmberechtigten zur Urnenabstimmung unterbreitet. Anschliessend wird die Planung dem AGR für das Genehmigungsverfahren zugestellt.

4.5 Zuständigkeit

Die Änderung der baurechtlichen Grundordnung mit der neuen Zone mit Planungspflicht ZPP Nr. 12/3 "Station Oberwangen" liegt in der Kompetenz der Stimmberechtigten.

4.6 Folgeplanung

Im Anschluss an den Erlass der ZPP Nr. 12/3 «Station Oberwangen» wird eine Überbauungsordnung nach Art. 66 Abs. 3 BauG erarbeitet. Unter Beizug der Jury des Gutachterverfahrens wird dabei das Richtkonzept vom Bearbeitungsteam zum Richtprojekt weiterentwickelt, welches ebenfalls durch die Bau- und Planungskommission der Gemeinde Köniz beurteilt wird. Das Richtprojekt bildet dann die Grundlage für die Überbauungsordnung.

5. Finanzen

5.1 Kosten

Die Arbeiten für das laufende Planerlassverfahren werden durch die Planungsabteilung abgedeckt. Das durchgeführte qualitätssichernde Verfahren sowie weitere Arbeiten von externen Fachleuten wurden durch die Grundeigentümerin finanziert. Weitere Planungskosten können bei Erlass der Überbauungsordnung anfallen, wobei Arbeiten von externen Fachpersonen weiterhin von der Grundeigentümerin getragen werden. Bei Realisierung hat sich die Gemeinde an den Kosten für die Anpassung des Anschlusses an die Kantonsstrasse gemäss der Richtlinie Kostentragung an Kantonsstrassenknoten mit Gemeinde- & Privatstrassen zu beteiligen. Zusätzlich beteiligt sich die Gemeinde beim Rückbau des Schopfs auf den Parzellen Nrn. 10785 und 2183 mit einem Kostendach von CHF 20'000.-. Der Rückbau des Schopfs dient der Verbesserung der bereits heute ungenügenden Verkehrssicherheit beim Knoten Freiburgstrasse / Zufahrtsstrasse zur Station Oberwangen.

5.2 Mehrwert

Die Bestimmung des Mehrwerts infolge der Planänderung wurde durch das Büro Wüest Partner vorgenommen. Die neuen baurechtlichen Bestimmungen der ZPP Nr.12/3 ermöglichen nur auf Parzelle Nr. 2183 ein bedeutend höheres Nutzungsmass gegenüber der bestehenden ZPP. Für den daraus resultierenden Planungsmehrwert hat die betroffene Grundeigentümerschaft gemäss dem Reglement über den Ausgleich von Planungsvorteilen der Gemeinde Köniz eine Mehrwertabgabe zu entrichten. In diesem Fall wären dies bei einer Realisierung des zusätzlichen Nutzungsmasses maximal CHF 177'600.-.

Zu Beginn der öffentlichen Auflage hat die Gemeinde die betroffene Grundeigentümerschaft offiziell über die zu maximal mögliche Mehrwertabgabe informiert und eine Mehrwertverfügung im Entwurf zugestellt. Bei Rechtskraft der ZPP wird dann die definitive Mehrwertverfügung zugestellt.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Parlament, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Mit x zu y Stimmen bei z Enthaltungen beantragt das Parlament den Stimmberechtigten, folgende Beschlüsse zu fassen:

1. Der Änderung der baurechtlichen Grundordnung, Zone mit Planungspflicht ZPP Nr. 12/3 «Station Oberwangen» wird zugestimmt.

2. Der Gemeinderat bestimmt den Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Änderung.

2. Die Botschaft an die Stimmberechtigten und der Wortlaut der Abstimmungsfrage werden genehmigt.

Köniz, 1. Mai 2024

Der Gemeinderat

Beilagen

1) Entwurf Abstimmungsbotschaft

Diskussion

Parlamentspräsidentin Arlette Münger: Hier handelt es sich um einen Beschluss und eine Botschaft der Direktion Planung und Verkehr. Ihr habt die folgenden Sitzungsunterlagen: Den Bericht und den Antrag des Gemeinderates, die Abstimmungsbotschaft und eine Tischvorlage mit Anträgen.

Zum Vorgehen: Zuerst hat die GPK-Referentin das Wort, dann folgt zur allgemeinen Diskussion, die Voten der Fraktionen, die Einzelvoten der Parlamentsmitglieder und der Gemeinderat. In der Detailberatung kommen dann die Anträge zu den einzelnen Artikeln der Vorschrift zum Nutzungsplan, dann folgen die Abstimmungen.

Wir haben dem Parlament am 10. Juni 2024 per Mail mitgeteilt, dass Anträge zu den Vorschriften zum Nutzungsplan und zur Botschaft schriftlich vorliegen müssen. Die Redaktionskommission wird die Botschaftsseite wie üblich mit den Pro- und Contra-Argumenten verfassen. Sie hält sich dabei an das Wortprotokoll. Ich bitte euch deshalb, die Argumente für und gegen die Vorlage in den Fraktionsvoten separat zu erwähnen, das erleichtert der Redaktionskommission ihre Arbeit.

GPK-Referentin, Isabelle Steiner, SP Frauen: Die Geschäftsprüfungskommission bedankt sich beim Gemeinderat und der Verwaltung für die Vorbereitung des Geschäfts "ZPP Station Oberwangen".

Auf dem Areal direkt beim Bahnhof Oberwangen ist bereits heute eine sehr dichte Überbauung möglich. Bisherige Pläne, das Areal tatsächlich zu überbauen, sind aber gescheitert. Mit der Halter AG gibt es jetzt wieder eine Investorin und darum sollen die Planungsgrundlagen jetzt so angepasst werden, dass eine möglichst rasche Überbauung möglich ist.

Beabsichtigt ist eine dichte Wohnüberbauung mit Geschäftsflächen im Erdgeschoss. Insgesamt sind 190 Wohnungen für 380 Personen und 40 Arbeitsplätze vorgesehen. Gegenüber der bestehenden ZPP wird die Überbauung als qualitativer Gewinn erachtet. Baulich wird die Siedlung in Oberwangen neue Akzente setzen. Sie soll einen modernen Kontrast zum "alten" Oberwangen darstellen. Geplant sind Gebäudehöhen von bis zu 26.5 Meter. Allerdings ist die Anordnung der Gebäude so vorgeschrieben, dass sie die Lage an der Autobahn und Bahnlinie aufnimmt und durch versetzte Reihen und unterschiedliche Gebäudehöhen eine erhöhte Lärmbelastung der gegenüberliegenden Wohngebäude minimiert.

Vorgesehen sind weiter verschiedene öffentliche und halböffentliche Räume, welche das Umfeld der Bahnstation aufwerten. Vor allem wird der Bahnhofplatz durch die Überbauung mit der möglichen Ladennutzung aufgewertet.

Das Wohnungsangebot soll durch unterschiedliche Grundrisse unterschiedliche Wohnformen ermöglichen und auch betagten Menschen in Oberwangen attraktive Ausweichmöglichkeiten bieten. Als Energieträger für die Warmwassergewinnung steht Grundwasser im Vordergrund. Angestrebt wird ausserdem eine Gesamtenergieeffizienz unterhalb des kantonalen Grenzwerts.

Das Areal gilt mit der ÖV-Gütekategorie C als gut erschlossen. Auch aus diesem Grund sind 0.5 Parkplätze pro Wohnung vorgesehen. Die vom Kanton bemängelten Probleme mit der Verkehrssicherheit bei der Kreuzung von der Freiburgstrasse mit der Zufahrtsstrasse zum Bahnhof sollen behoben werden, wenn der Kanton die Freiburgstrasse saniert. Über dieses Geschäft wird das Parlament zu einem späteren Zeitpunkt befinden. Die gesamte Planung entstand im Rahmen eines qualitätssichernden Verfahrens in Form eines Gutachterverfahrens. Die Rückmeldungen in der öffentlichen Mitwirkung sind grundsätzlich positiv ausgefallen.

In der GPK haben vor allem zwei Aspekte für Diskussionen gesorgt:

- Einerseits haben uns Angaben interessiert, welche über das Areal hinausgehen. Immerhin wird die Bevölkerung von Oberwangen durch die Neuüberbauung innert kurzer Zeit um über ein Viertel wachsen. Hier steht vor allem die Frage nach den Auswirkungen auf den Schulraum im Vordergrund. Der Gemeinderat stellt sich hier auf den Standpunkt, dass die Anpassung der ZPP keine neue Ausgangslage schafft, weil bereits heute eine dichte Überbauung des Areals möglich ist. Es wird mit 10 bis 15% zusätzlichen Schüler:innen gerechnet. Mit dem Erwerb der Nachbarparzelle soll die Konzentration auf einen Schulstandort in Zukunft möglich sein.
- Andererseits interessierte uns, weshalb der abgeschöpfte Mehrwert mit rund CHF 177'600 auf den ersten Blick relativ gering ausfällt. Diese Frage wurde durch die Planungsabteilung durch ein externes Gutachten vom Büro Wüest Partner abgeklärt. Auch hier fällt ins Gewicht, dass sich der Mehrwert daran zu orientieren hat, was bisher bereits auf dem Areal realisiert werden darf. Da bereits heute eine dichte Bebauung möglich wäre, wird auf dem Grossteil des Perimeters mit dieser Vorlage keine Abschöpfung fällig.

Insgesamt beurteilt die GPK das Geschäft einstimmig als beschlussreif. Sie ist aber der Ansicht, dass in der Abstimmungsbotschaft die Information zu den Auswirkungen der neuen Nutzungsvorschriften auf die Schulraumplanung fehlen. Sie stellt deshalb den Antrag, dass die Redaktionskommission beauftragt wird, die Auswirkungen auf die Schulraumplanung in einem zusätzlichen Kapitel zu ergänzen. Inhaltlich empfiehlt die GPK dem Parlament die Vorlage mit 4 Ja-Stimmen zu 1 Nein-Stimme bei 2 Enthaltungen zur Annahme bzw. zur Verabschiedung zuhanden der Stimmbewohner.

Allgemeine Diskussion

Fraktionssprecherin EVP-GLP-Mitte Sandra Röthlisberger, GLP: Planungen sind ein Versprechen in die Zukunft. Wir, das Parlament, stimmen diesem Zukunftsbild zu, weil wir diese Zukunft so wollen. Das ist ein politischer Akt.

Ich danke dem Gemeinderat und der Verwaltung für die Transparenz. Die Unterlagen sind gut zugänglich, das Zukunftsbild, welches der Gemeinderat uns hier zeigt, ist sichtbar - die interaktive 3D-Karte und der Bericht zum Richtkonzept helfen uns dabei.

Was wird uns für ein Bild gemalt? Stichwort "Ein Unikat im Grünen", "Neu-Oberwangen". Im Bericht des Beurteilungsgremiums steht dann auch: "Das Richtkonzept sieht eine verdichtete hochwertige Überbauung vor, die gut in das Orts- und Landschaftsbild passt."

Wir kennen diesen Ort: Die Lage ist schwierig, die Autobahn und die Bahn sind eine Zäsur, der Ort ist entsprechend lärmbelastet und mit dem Halbstundentakt an den ÖV angebunden. Noch eine kleine Korrektur zum GPK-Votum von zuvor: "Gütekategorie C" ist nur "mittelmässig" und nicht "gut". Die Autobahnzufahrt ist auch weit entfernt, vorne in Niederwangen. Alt-Oberwangen ist ein Dorf mit rund 1'300 Einwohnenden, ennet der Verkehrsachsen - mit Einfamilienhäusern und kleinen Mehrfamilienhäusern mit Hanglage, eine dörfliche Kernung, die Kirche steht im Dorf, umgeben von Wald und Aussicht in die Berge. Was für ein Zukunftsbild wollen wir hier? Wir wollen eine Siedlungsentwicklung nach innen, angemessen an den Kontext, an den Bestand, an die Lage. Wir möchten qualitativ wachsen, wir wollen ein Köniz der kurzen Wege, wir wollen städtisches Wohnen dort, wo eine Nutzungsvielfalt und gute Erschliessung vorgefunden wird, wie beispielsweise beim Rappentöri, und wir wollen Energiestadt und Wackerpreis. Sprich: Uns gefällt diese Planung nicht. Wir weisen diese zurück. Sie schafft Quantität statt Qualität. Sie ist unangemessen, wir wollen weder "Neu-Oberwangen" noch ein "Unikat im Grünen". Unikate sind nämlich Sonderlinge, welche nicht richtig passen wollen.

Bevor ich zum Rückweisungsantrag komme, hier unsere Contra-Argumente für die Botschaft, falls es diese dann doch braucht. Pro-Argumente haben wir keine:

- Die hohe Dichte und die Höhe der Gebäude sind an dieser Lage unpassend. Die Wohnqualität in den unteren Geschossen ist mangelhaft.
- Die schlechte Lagequalität wird mit Masse kompensiert. Das ist eine Discount-Planung.
- Die Nutzungsdurchmischung ist nicht gesichert. Bei einer reinen Wohnnutzung droht eine Ghetto-bildung oder Leerstand.
- Die soziale Durchmischung ist nicht gesichert.
- Es hat keine angemessene Partizipation mit der Bevölkerung von Oberwangen stattgefunden. Die Mitwirkung als Kommunikationsplattform ist nicht ausreichend, wenn man um rund 30% der Bevölkerung wachsen möchte. Und schon gar nicht, weil auf die Eingaben nicht eingegangen wird.
- Die Energiebedarf ist nicht auf den gesamten Zyklus der Baute betrachtet. Die Ressourcen für den Bau der Gebäude sind ausgenommen.
- Die geforderten ökologisch wertvollen Aussenräume sind offen formuliert. Eine naturnahe Gestaltung und die Offenlegung des Standweidbaches werden nicht verbindlich gefordert – Luxusbächlein lässt grüssen.
- Die Auswirkungen des Bevölkerungswachstums von +29% auf die Infrastrukturen in Oberwangen sind nicht bekannt. Diese Kosten werden externalisiert.
- Eine gesamtheitliche Schulraumplanung für das Wangental liegt aktuell nicht vor. Die Schulraumsituation ist teilweise heute bereits prekär.

Mit dem Rückweisungsantrag spielen wir den Ball zurück und überlassen den Planenden die Möglichkeit, die Vorlage materiell nochmals aufzuarbeiten. Es ist wünschenswert, dass die betroffene Bevölkerung echt einbezogen wird. Der Rückweisungsantrag enthält vier Anträge gemäss der Tischvorlage:

1. Hier geht es um das preisgünstige Wohnen: Es geht hier primär um die soziale Durchmischung, welche wir einfordern wollen. Gleichzeitig sollen preisgünstige Wohnungen auch eine Mindestbelegung aufweisen.
2. Hier geht es um den Anteil der Wohnnutzung, welche man begrenzen soll, damit eine Nutzungsdurchmischung möglich wird. Das ist heute zwar beschrieben, aber nicht explizit eingefordert. Die städtische Dichte muss zwingend auch städtische Nutzungsvielfalt bringen. Gerade ältere Leute brauchen Nahversorgungsangebote, sprich, kurze Wege, wie zum Beispiel Spitex, Coiffeur oder Büroräume. Der Anteil Wohnnutzung ist gemäss Vorschriften unbegrenzt, es könnte also eine reine Wohnsiedlung gebaut werden. Wir befürchten hier wie gesagt, eine Ghetto-bildung.
3. Hier geht es um einen Qualitätsanreiz. Wenn das Areal nach den umfassenden und übergreifenden Anforderungen des Nachhaltigen Bauens Schweiz (SNBS) erstellt und betrieben wird, dann kann die vorgegeben Maximalgeschossfläche realisiert werden. 1/7 ist die Differenz von der in den Vorschriften vorgegebenen Maximalgeschossfläche zur Mindestgeschossfläche.
4. Hier geht es um diese Schulraumplanung: Wir haben heute bereits verschiedentlich davon gehört. Und hier rennen wir gleich in den nächsten Hammer: Wir möchten Klarheit über die Auswirkungen von Wachstum, insbesondere bezüglich dieses Schulraums. Und zwar wollen wir sehen, wie die Schulraumplanung für das Wangental ganzheitlich aussieht - ihr könnt es im Antrag lesen. Der Gemeinderat wird hier aufgefordert, aufzuzeigen, wie er das Schulraumproblem strategisch angehen will.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben uns in den letzten Tagen oft ausgetauscht, ich danke dafür. Ich bitte euch, helft uns mit dieser Rückweisung, bessere Zukunftsbilder zu schaffen. Es sind nicht die Menstruationsprodukte, die uns viel kosten, sondern die falschen Zukunftsbilder, welche wir hier beschliessen.

Wir verlangen später einen Sitzungsunterbruch.

Fraktionssprecherin Heidi Eberhard, FDP: Der Direktion DPV danken wir für die Unterlagen. Der GPK-Referentin danken wir für die Ausführungen.

Der Antrag des Gemeinderates und auch die Botschaft des Parlaments an die Stimmberechtigten sind bei uns in der Fraktion kontrovers diskutiert worden.

Die Grundeigentümerverhältnisse sind unter Punkt 2.3 aufgeführt. Eine kleine Teilfläche der Strassenparzelle 7671 ist im Eigentum der Gemeinde Köniz. Diese Teilfläche der Strassenparzelle im Eigentum der Gemeinde, wird der neuen ZPP zugewiesen. Wir erhalten Kenntnis über das durchgeführte Gutachterverfahren und das auf Basis der besten Variante erarbeitete Richtkonzept.

Damit das im Richtkonzept festgehaltene städtebauliche Konzept umgesetzt werden kann, muss jetzt die rechtsgültige Zone mit Planungspflicht weiterentwickelt bzw. geändert werden. Das bedingt einen Volksentscheid.

Das lässt einen zuerst denken, dass es kein Problem ist, der Änderung der baurechtlichen Grundordnung zuzustimmen, damit die Station Oberwangen endlich weiterentwickelt bzw. geändert werden kann. Es gibt Vereinbarungen zwischen der heutigen Grundeigentümerin und der Gemeinde. Ein Bauvorhaben mit der vorangehenden Grundeigentümerschaft wurde, wie wir bereits gehört haben, nicht realisiert. Die Vereinbarung mit der heutigen Grundeigentümerin enthält einen Bauverpflichtungsvertrag, enthaltend eine Lenkungsabgabe, welche zum Tragen kommt, falls diese Überbauung nicht innerhalb eines vorgegebenen Zeitraums in Angriff genommen wird. Für die Gemeinde Köniz spült dann die Realisierung Geld in die Kasse. Genannt wird hier eine Mehrwertabgabe von maximal CHF 177'600 – wie hoch der Minimalbeträge wäre, wissen wir nicht.

Aufgrund des Genehmigungsvorbehalts aus der kantonalen Vorprüfung ist eine weitere Vereinbarung zwischen den beteiligten Parteien abgeschlossen worden. Dieser Vorbehalt wurde zurückgezogen, denn mit dem Teilabbruch des Bauernhauses, kann auch die Verkehrssicherheit beim Knoten sichergestellt werden. Es gab eine öffentliche Mitwirkung im Jahr 2020. Die Planung stiess dabei auf ein überwiegendes gutes Echo.

Wir begrüssen es, dass auf dem Areal bei der S-Bahn-Station Oberwangen unterschiedliche Wohnformen angeboten werden sollen. Schön ist es auch, dass vom zukünftigen Bauherr an das altersgerechte Wohnen gedacht wird.

Bis auf Punkt 5 "Finanzen" ist im Antrag des Gemeinderates eigentlich alles gut und ausführlich beschrieben. Bei den Kostenfolgen fehlen uns aber definitiv Zahlen und Fakten - Auswirkungen und Folgen der baurechtlichen Grundordnung, welche die Gemeinde zu berappen hat. Mit der heute gültigen baurechtlichen Grundordnung hätten Wohnungen für über 350 Personen gebaut werden können. Auch hier würden schulpflichtige Kinder in die Überbauung einziehen. Dieses Schulraumproblem besteht also bereits heute. Mit der neuen Grundordnung werden 380 Bewohnerinnen und Bewohner genannt - es gibt somit einige Kinder mehr. Es hätte sich jetzt also die Chance geboten, diesen Zusatzbedarf beim Schulraum und die damit verbundenen Investitionen in der Vorlage zu erwähnen. Diese Chance wurde verpasst.

Weiter wird die Sanierung der Freiburgstrasse, Zufahrtsstrasse Bahnhof, auch nicht zum Nulltarif erfolgen. Da wäre eine grobe Kostenschätzung ebenfalls angebracht gewesen. Das Stimmvolk sollte darauf hingewiesen werden, sonst kaufen wir dort die Katze im Sack.

Wir stellen daher den Antrag – es ist jener der GPK – die Redaktionskommission zu beauftragen, unter dem Titel "Finanzen" eine entsprechende Aussage einzufügen, die Folgekosten wie beispielsweise für die Infrastruktur allgemein und insbesondere auch für den zusätzlichen Schulraum noch zu beziffern. Dieser ist noch nicht beziffert und sollte dies noch werden - oder ansonsten kann man zumindest erwähnen, dass man keine Ahnung hat. In der Botschaft sollte auch deutlich erwähnt werden, dass bei den Kosten für den Rückbau des Schopfes auf zwei Parzellen rund CHF 20'000 von der Gemeinde übernommen werden.

Die Fraktion FDP. Die Liberalen konnte keine Einstimmigkeit erzielen, wir haben daher Stimmfreigabe beschlossen. Und wie bereits von Sandra Röthlisberger beantragt, möchten auch wir einen Sitzungsunterbruch beantragen, damit wir uns beraten können.

Parlamentspräsidentin Arlette Münger: Ich möchte dich noch daran erinnern, dass ein Antrag schriftlich vorliegen muss. Wenn ich dich richtig verstanden habe, dann war dies ein Antrag und dieser müsste uns noch schriftlich vorgelegt werden. Und auch der Antrag für einen Sitzungsunterbruch müsste noch korrekt gestellt werden.

Fraktionssprecherin SP/JUSO Géraldine Boesch, SP Frauen: Für die SP/JUSO-Fraktion ist es unbestritten, dass sich das bisher ungenutzte Areal aufgrund seiner Lage bestens für eine verdichtete Wohnüberbauung eignet. Ihre konkrete Ausgestaltung wurde aber auch in unserer Fraktion kontrovers diskutiert. Die neue Wohnsiedlung wird zu einem Wachstum im Ortsteil Oberwangen von rund 30% führen – und Heidi Eberhard, als Fraktionssprecherin der FDP, hat es bereits ausgeführt – dass unter diesen rund 380 neuen Bewohner:innen auch schulpflichtige Kinder sein werden, diese Chance ist sehr gross, nur, wohin sollen diese dann zur Schule? Bereits jetzt hat Oberwangen ein Schulraumproblem, welches sich durch das Wachstum jetzt zusätzlich verschärfen wird. Der Gemeinderat sollte hier grosse Entwicklungsprojekt nur vorantreiben, wenn parallel auch die Schulraumplanung vorgenommen wird. Die SP/JUSO-Fraktion unterstützt darum den Antrag der GPK an die Redaktionskommission, die Auswirkungen der Schulraumplanung in einem zusätzlichen Kapitel zu ergänzen.

In der Botschaft ist erwähnt, dass diese Wohnsiedlung gerade auch älteren Menschen vom gegenüberliegenden Dorf eine nahe Alternative für altersgerechtes Wohnen bieten soll. Die SP/JUSO-Fraktion hätte sich gewünscht zu erfahren, welche Massnahmen ergriffen werden, um die Umzugsbereitschaft zu erhöhen und um den Wohnungswechsel im Alter attraktiv zu gestalten. Zahlbares Wohnen mit geplanten Alterswohnungen, das liegt in der sozialen Verantwortung der Gemeinde. In Köniz besteht in der ganzen Gemeinde seit Jahren eine sehr tiefe Leerwohnungsziffer und die Mieten steigen. Darum ist es wichtig, dass auch in Oberwangen neue Wohnungen bezahlbar sind.

Die SP/JUSO-Fraktion begrüsst die angestrebte Durchmischung durch verschiedene Wohnformen. Nebst dem richtigen Wohnungsmix sind preisgünstige Mieten für die soziale Durchmischung eines Ortes aber elementar. Das betrifft insbesondere Familien, Betagte, aber auch junge Menschen. Aber nicht nur, es gibt nämlich eine Bevölkerungsgruppe, diese hat nämlich das grösste Potential zur Wohnraumverkleinerung; nämlich die sogenannten "Empty-Nester", also jene Personen, bei welchen die Kinder bereits das Nest verlassen haben. Und diesen fehlt häufig entweder der finanzielle Anreiz oder sogar die finanziellen Mittel für den Umzug in eine kleinere Wohnung.

Der Gemeinderat ist gemäss Baureglement nicht verpflichtet, in Oberwangen für einen Anteil von mindestens 20% an preisgünstigem Wohnraum zu sorgen. Dennoch hätte er verbindliche Vorgaben zu preisgünstigem Wohnraum machen und so vorausschauend handeln können.

Inhaltlich können wir also dem ersten Antrag des Rückweisungsantrags der EVP-GLP-Mitte-Fraktion folgen. Wir sehen dies aber etwas differenzierter. In diesem Richtkonzept, welches mit einem sehr aufwändigen, mehrstufigen Qualitätssicherungsverfahren mit verschiedenen Parteien erarbeitet worden ist, sowie in der Erstellung der Nutzungsplanung resp. den besonderen Vorschriften dazu, da ist sehr vieles richtig gemacht worden und bereits viele Ressourcen sind hier reingeflossen. Und darum beantragen auch wir einen Sitzungsunterbruch, damit wir uns hier nochmals eine Meinung bilden können.

Ich fasse für die Abstimmungsbotschaft unsere Pro- und Contra-Argumente zusammen.

Pro:

- Die Wohnungsüberbauung ist eine sinnvolle Nutzung für dieses brachliegende Areal.
- Das Areal ist aufgrund seiner Lage bestens für die geplante Wohnsiedlung geeignet.
- Die entstehenden Wohnungen leisten einen Beitrag zur Bekämpfung der Wohnungsnot.
- Die Gestaltung der Innenhöfe und der Spielflächen schaffen wichtige Begegnungsräume im Areal.

Contra:

- Die Auswirkung des Bevölkerungswachstums auf den Schulraum ist nicht berücksichtigt und wurde nicht aufgezeigt.
- Es fehlen verbindliche Vorgaben im Bereich preisgünstigem Wohnen.
- Die Vorgaben zur Zusammensetzung der Wohnformen sind zu wenig präzise, um bezahlbare Alterswohnungen und eine soziale Durchmischung gewährleisten zu können.

Parlamentspräsidentin Arlette Münger: Ich stelle fest, dass von mehreren Seiten ein Antrag auf Sitzungsunterbruch vorliegt. Ich schlage vor, dass wir die Diskussion zu Ende führen und vor der Abstimmung über den Sitzungsunterbruch abstimmen. Gibt es dagegen Einwände? Das ist nicht der Fall.

Fraktionssprecher Grüne/Junge Grüne Lukas Erni, Grüne: Danke, dann muss ich nicht auch noch um einen Sitzungsunterbruch fragen.

Danke dem Gemeinderat und der Verwaltung für die Ausarbeitung dieser Vorlage, wir finden diese ebenfalls transparent. Allerdings war es nicht ganz einfach abzuschätzen, wie hoch ein Gebäude ist, wenn es maximal 589 m ü. M. sein darf. Es ist dann weiter unten noch beschrieben, aber es war noch lustig, dies so zu lesen, denn es gibt keine Referenz dazu.

Wir sind grundsätzlich froh, dass dieses Areal überbaut wird. Es ist für die Entwicklung von Oberwangen wichtig, dass solche Investitionen getätigt werden. Das Areal ist ausserdem sehr gut erschlossen, die Gemeinde muss nicht mehr viel Aufwand betreiben, um es neu zu erschliessen. Es stehen heute einige Häuser darauf, ansonsten liegt es brach. Es wird damit auch kein zusätzliches Kulturland verbaut.

Wir haben auch gelesen, dass es keine Einsprachen gibt, es scheint zumindest lokal akzeptiert zu sein oder gar gut anzukommen, so hatten wir zumindest den Eindruck. Auch der Mix mit Wohnungen und Gewerbe ist für uns wichtig - auch für die kurzen Wege, insbesondere für ältere Menschen. Wenn unten Gewerbe kommt, dann profitieren nicht nur die Bewohnenden dieses Hauses, sondern auch die Umgebung davon.

Wir begrüßen es auch, dass eine soziale Durchmischung vorgesehen ist. Allerdings finden wir, dass 15% unter der kantonalen Vorgabe betr. der gesamten Energieeffizienz zwar okay sind, aber aus unserer Sicht hier noch deutlich mehr drin liegen würde. Das kommt vom Kanton und dieser ist leider bis jetzt kein Vorreiter in Sachen Klimaschutz. Wir würden uns hier noch etwas mehr wünschen und wir würden es vor allem auch sehr begrüßen, wenn die Halter AG die wenigen Parkplätze mit Ladestationen ausrüsten würde. Damit könnten dann auch Mietende und Besuchende dieses Areals ihre Fahrzeuge laden.

Zum Rückweisungsantrag: Wir tendieren im Moment dazu, diesen zu unterstützen, wir würden aber die Pause noch nutzen, um uns definitiv zu entscheiden.

Ich fasse für die Redaktionskommission zusammen:

- Wir sind dafür, weil das Areal brach liegt und genutzt werden soll.
- Das Areal ist bereits heute Bauland und gut erschlossen, darum entstehen auch keine teuren Kosten für die Erschliessung.
- Der Mix mit Wohnungen und Gewerbe führt insgesamt zu kürzeren Wegen. Davon profitieren nicht nur die Mietenden, sondern auch die angrenzende Umgebung.
- Dagegen spricht für uns, dass es keine Vorgaben zum Anteil an preisgünstigem Wohnen gibt.
- Es gibt auch keine Vorgaben bezüglich einer Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge.
- Die Unterschreitung der gewichteten Gesamtenergieeffizienz des kantonal vorgegebenen Grenzwerts um 15% ist für uns zu wenig ambitionös. Es braucht mindestens eine Zertifizierung des Standards für nachhaltiges Bauen Schweiz (SNBS).

Fraktionssprecherin Andrea Winzenried, SVP: Immer mehr Leute brauchen immer mehr Platz und wir von der SVP stehen bekanntlich nicht für Wachstum ein und wären froh, wenn es solche Überbauungen nicht brauchen würde. Doch die Realität sieht leider anders aus. Für die Gemeinde ist Wachstum ein wichtiges Ziel und dann müssen wir in dieser eingepflanzten Zone nun mal verdichtet und in die Höhe bauen.

Wir stimmen in diesem Traktandum über eine Änderung einer Zone mit Planungspflicht ab und nur über das. Das Areal - wir haben es bereits einige Male gehört - liegt bereits seit Jahren brach, ist mit Unkraut und Neophyten überwuchert und ist seit Neuestem ein Lieferwagen- und Camper-Parkplatz. Es liegt zwischen Autobahn, Eisenbahn, der dicht befahrenen Freiburgstrasse und neben dem Friedhof im Wangental. Sicher nicht der attraktivste Wohnort, aber mit gutem ÖV- und Autobahnanschluss. Das Areal liegt in der rechtsgültigen baurechtlichen Grundordnung und sollte von der vorherigen Grundeigentümerschaft schon einmal mit einem Bauprojekt, welches für Oberwangen einschneidend und überhaupt nicht optimal gewesen wäre, überbaut werden. Dank der schlechten Zu- und Ausfahrt in die Freiburgstrasse konnte dieses nicht umgesetzt werden.

Die neue Eigentümerschaft hat jetzt in einem mehrstufigen Entwicklungs- und Planungsverfahren mit Einbezug von Experten und Fachleuten ein Richtkonzept erarbeitet, welches eine verdichtete und qualitativ hochwertige Überbauung aufzeigt, welche gut in das Orts- und Landschaftsbild passt. Und darum braucht es diese Änderung der ZPP.

Weiter ist die neue ZPP Station Oberwangen auf die Sanierung der Freiburgstrasse abgestimmt und der Strassenabschnitt Oberwangen-Thörishaus mit beidseitigen Velostreifen, Trottoir und einer übersichtlichen Ausfahrt wird vorgezogen, was überfällig ist. Falls diese Änderungen abgelehnt werden und der Strassenabschnitt einmal saniert ist, dann könnte die Eigentümerschaft wieder das alte Bauprojekt hervornehmen und das wäre dann betreffend Lärmemission nicht zur Freude der Oberwanger.

Wir danken dem zuständigen Gemeinderat und der Direktion für die ausführlichen Unterlagen und die gut verständliche Abstimmungsbotschaft. Die SVP-Fraktion stimmt dem Antrag zu.

Unsere Pro-Argumente:

- Es wird kein neues landwirtschaftliches Kulturland überbaut.
- Seit Jahren brachliegendes Bauland wird qualitativ gut überbaut.
- Es ist eine Aufwertung des Bahnhofareals Oberwangen.
- Die Sanierung des Strassenabschnitts Oberwangen Thörishaus wird vorgezogen.

Heidi Eberhard, FDP: Die FDP zieht ihren Antrag, welche sie gestellt hat, zu Gunsten desjenigen der GPK zurück. Und damit unsere Pro- und Contras noch genannt sind, lese ich diese auch noch kurz vor:

Pro:

- Auf dem Areal bei der S-Bahn Oberwangen kann mit der Änderung der baurechtlichen Grundordnung eine städtebaulich inspirierte Wohnüberbauung realisiert werden.
- Es werden rund 190 Wohnungen für rund 380 Bewohnerinnen und Bewohner geschaffen, inklusive Angebot von altersgerechtem Wohnen.
- Die Gemeinde darf mit einer Mehrwertabgabe rechnen.

Contra:

- Die Kosten für die Infrastruktur sind nicht beziffert.
- Der Mangel an Schulraum ist nicht aufgeführt. Wie wird diesem entgegengewirkt? Wo gehen die künftigen Schüler aus diesem Gebiet in die Schule?
- Es fehlen Angaben zu den Investitionen für Schulraum.

Sandra Röthlisberger, GLP: Ich habe noch eine kleine Replik und ich habe noch ein Pro-Argument gefunden: Die Rückfallebene ist die bestehende jetzt gültige Planung ZPP. Dazu kann man sagen, der Lärmschutz ist jetzt besser berücksichtigt, als in der alten Planung, welche durchaus sehr schlecht ist, aber wir können uns doch hier nicht mit einer kleinen Verbesserung des Lärmschutzes zufrieden geben und dort doch noch eine insgesamt schlechte Planung in Kauf zu nehmen. Im Übrigen gibt es eine Lärmschutzverordnung, das ist Bundesrecht, diese ist sehr streng und diese ist vorgegeben. Diese müssen wir also nicht in unsere Vorschriften reinschreiben und diese bewirkt, dass der Lärmschutz beim Wohnen sehr gut ausgestaltet ist.

Dann noch ein Wort zum Antrag der GPK an die Redaktionskommission: Das ist gut und richtig, nur bezweifle ich, dass wir in diesem Kapitel innerhalb von drei Tagen die Auswirkungen auf den Schulraum werden benennen können – also materiell benennen, denn man hätte es sonst wohl bereits gemacht, wenn man wüsste, was die Auswirkungen auf den Schulraum im Wangental ist. Wir können dies also gerne reinschreiben, aber es wird nichts nützen.

Und schön ist zu hören, dass ihr den Fachleuten hier viel Vertrauen gebt, dass in diesen Beurteilungsgremien gute Planungen vorangetrieben werden. Ich bin selber manchmal Teil solcher Beurteilungsgremien und ich kann euch sagen, dort sind in der Regel keine Sozialarbeitenden mit dabei, welche dafür sorgen, dass man hier eine gute Wohnqualität hat, damit man hier möglichst wenig baut. Das ist wohl nicht das Ziel.

Ich stelle hier noch den Antrag auf eine separate Abstimmung zu den einzelnen Abstimmungspunkten.

Parlamentspräsidentin Arlette Münger: Ich nehme den Antrag zur Kenntnis. Über diesen wird während des Abstimmungsprozesses abgestimmt.

Casimir von Arx, GLP: Mich hat noch das Stichwort "Wachstum" nach vorne geholt. Dies kam jetzt eher aus einer Ecke, von welcher ich es eher nicht erwartet hätte, aber es wurde gesagt, das Wachstum sei ein Ziel der Gemeinde. Ich glaube, das muss man noch etwas genauer anschauen: Dieses Projekt hier ist ja vor allem von einem quantitativen Wachstum geprägt und das kann man wollen. Und je mehr solche Projekte vorangetrieben werden, desto schneller haben wir 45'000 Einwohner und dann kann man eine Medienmitteilung machen, mit einem Foto - aber ich glaube, es ist mehr geboten und dass wir als Gemeinde auf ein qualitatives Wachstum setzen. Und wenn wir uns jetzt hier in der Gemeinde etwas umschauen, dann haben wir ja bereits andere Projekte, welche eine sehr viel höhere Qualität haben und - abgesehen davon - sowohl raumplanerisch, wie auch finanziell, viel mehr im Interesse der Gemeinde liegen. Es wurde an der Sitzung vom 13. Mai bereits angesprochen, ein solches Projekt ist das Rappentöri, bei welchem es schon lange nicht mehr vorwärts geht. Ich finde, man müsste vielmehr dort die Priorität setzen und diese Sachen vorantreiben. Das ist ein Contra-Argument.

Ich weise darauf hin, dass das Rappentöri zum Beispiel ein Baurecht ist. Hier kommt wirklich Geld zurück. In Oberwangen besteht kein Baurecht - zumindest nicht für uns, vielleicht gibt es dann einmal für jemand anderes ein Baurecht – und ist insofern nicht vergleichbar. Zuvor im Jahresbericht wurde dies teilweise etwas vermischt. Das finanzielle Interesse an diesem Projekt hier ist nicht sehr gross - abgesehen davon, dass von verschiedenen Sprecherinnen und Sprechern gesagt wurde, die Folgekosten seien immens.

Gemeinderat Christian Burren, SVP: Vorweg bedanke ich mich bei Isabelle Steiner, sie hat dieses Geschäft korrekt wiedergegeben. Sie hat auch die Diskussion, wie ich sie mitbekommen habe, korrekt wiedergegeben.

Wir haben von Sandra Röthlisberger gehört, was an diesem Geschäft alles nicht gut sein soll. Man habe kein Pro-Argument gefunden. Das würde im Umkehrschluss für mich bedeuten, dass die aktuelle Planung besser ist, als jene, welche uns hier heute vorliegt.

Ich glaube, wenn man das Geschäft so zurückweist, ist es in erster Linie nicht eine fachliche Frage, sondern eine politische und eine finanzielle - ich werde darauf noch hinweisen. Wir müssen uns bewusst sein – ich habe vermehrt gehört, es sei zu dicht, zu gross – wenn man hier seitens der öffentlichen Hand eine Nutzungsreduktion machen will, dann müssen wir uns auch darüber unterhalten, wie wir diese finanzieren wollen. Denn diese können wir nicht einfach vornehmen, weil heute bereits eine Dichte möglich ist.

Ich habe gehört, es sei nur eine befriedigende Erschliessung, es sei keine gute Erschliessung dieses Areals. Ja, das stimmt. Wir wissen aber alle, der Viertelstundentakt kommt. Oberwangen hätte gerne den Anschluss an das Busnetz, was mit den heutigen Raumnutzern nicht möglich ist, in Zukunft aber unter Umständen möglich werden wird, wenn wir zusätzliche Einwohner erhalten würden. Man könnte die Verkehrslage für die bestehende Bevölkerung, wie für die potentielle neue Bevölkerung in Oberwangen massiv verbessern.

Die Auswirkungen auf die Schulraumplanung, habe ich gehört, liege nicht vor. Liebe Leute, 350 Einwohner wären heute bereits möglich – 380 schlägt die neue Planung vor. Das sind 30 Einwohner, 10% davon, das sind drei Schüler. Jetzt müsst ihr mir erklären, was die Differenz zum heute geltenden Recht ist, wozu wir bereits ein Baugesuch hatten, welches wir nur dank der Erschliessung ablehnen konnten. Wir sprechen hier von drei Schülern. Ich stelle hier nicht in Abrede, dass wir in Wangental ein Problem mit dem Schulraum haben, aber das lösen wir nicht, indem wir hier jetzt diese Planung zurückweisen, sondern dieses Problem besteht so oder so.

Es wurde ein richtiger Einbezug der Bevölkerung verlangt. Wir haben eine Mitwirkung gemacht, wir hatten Eingaben. Wir haben einen Mitwirkungsbericht geschrieben. Der Gemeinderat hat diese Fragen intensiv diskutiert. Auch auf diese Fragen, welche in Form von Anträgen zum Teil heute wieder vorliegen. Er hat diese abgewogen und hat sich bewusst für die hier vorliegende ZPP, für diese Vorschriften, entschieden. Wir hatten also garantiert einen Einbezug der Bevölkerung. Die Planung lag öffentlich auf – es gab keine Einsprachen. Das ist für uns als Gemeinderat ein Indiz, dass diese Planung höchstwahrscheinlich akzeptiert werden wird. Ansonsten hätten hier Einsprachen kommen müssen.

Eine reine Wohnsiedlung wäre möglich: Wer will am Bahnhofplatz im Erdgeschoss wohnen? Dort ist naheliegend, dass eine öffentliche Verkaufsnutzung kommt. Eine Wohnnutzung im Erdgeschoss am Bahnhofplatz ist für mich unvorstellbar. Ich komme dann bei der Begründung zu den Anträgen noch darauf zurück.

Ein so grosses Wachstum in einem Ortsteil, das ist viel, aber dieses Wachstum ist etappierbar. Wir hoffen, dass vielleicht wieder einmal etwas realisiert wird. Wir haben heute Abend gehört, die Leerwohnungsziffer liegt unter 0.3, stark steigende Mieten, auf der Angebotsseite passiert nichts. Will man dies so schnell wie möglich ändern, dann sicher nicht mit einer Rückweisung dieser Planung.

Der minimale Wert, Heidi Eberhard, der minimale Betrag der Mehrwertabschöpfung, liegt bei CHF 0. Darum ist er nicht angegeben. Wenn das geringe Mehrvolumen nicht genutzt wird, dann können wir auch nichts abschöpfen.

Dann die Energievorschriften, welche zu wenig streng seien. Auch das kam in der Mitwirkung. Wir haben dies diskutiert und der Gemeinderat hat dies als genügend streng erachtet. Denn schlussendlich, wir haben es heute Abend vermehrt gehört, ist es ein schwieriger Ort und wir wollen schlussendlich ja auch, dass irgendjemand dies realisiert. Wir wollen also das Fuder nicht überladen. Der Gemeinderat hat diese Abwägung gemacht und hat diese Vorgaben, wie sie jetzt in der ZPP stehen, als genügend beurteilt.

Vorgaben zu Ladestationen: Ich könnte mir durchaus vorstellen, so etwas wäre auch in einer nachfolgenden ÜeO durchaus möglich.

Und ich habe es zuvor bereits gesagt: Verdichten ja, aber nicht bei mir, nicht bei uns, lieber irgendwo anders. Dieses Argument habe ich bereits gehört, als wir mit der Spühli-Vorlage hier waren: Zu hoch, zu viel, zu gross. Ich habe es im Bläuacker gehört: Zu hoch, zu viel und überhaupt – und doch bitte nach innen verdichten. Das war das Motto der letzten Ortsplanungsrevision – aber nicht bei mir.

Jetzt noch zu den gestellten Anträgen: Ein relevanter Anteil an Wohnungen soll preisgünstig erstellt werden. Die Wohnungen sollen eine Mindestbelegung aufweisen. Dazu kann ich sagen, dass die gesetzliche Grundlage, das Baureglement, dies nicht hergibt.

Wenn wir dies reinschreiben wollten, dann bedeutet dies, nochmals eine Mitwirkung und eine Vorprüfung durch das AGR - zurück auf Feld 1 und zwei Jahre im Minimum.

Der Anteil an Wohnnutzung sei zu begrenzen, Dienstleistung und Verkaufsflächen seien als Mindestanteil zu realisieren. Im Baureglement ist ein minimaler Wohnanteil in Mischzonen gefordert. Ein maximaler Wohnanteil würde auch hier eine erneute Mitwirkung und eine Vorprüfung bedingen. Ein Mindestanteil von Verkaufsflächen kennen wir hier in Köniz nicht. Ob diese Forderung überhaupt eine rechtliche Grundlage hat, konnten wir auf die Schnelle nicht klären, wäre also noch zu prüfen. Die Mitwirkung und eine Vorprüfung wären aber so oder so notwendig – also auch bei diesem Antrag: Zurück auf Feld 1.

Die maximale Nutzung der zulässigen Geschossfläche ist um 1/7 zu reduzieren, sofern die SNBS-Arealanforderungen nicht erfüllt sind. Das wäre ein ganz neuer Ansatz. Die Reduktion der bestehenden Nutzflächen, um dann über einen Bonus zur vollen Ausnutzung zu kommen, welche eigentlich möglich wäre, das hätte wohl einen Rechtsstreit mit der Grundeigentümerschaft zur Folge. Zudem müsste man sicherlich auch hier die Mitwirkung und die Vorprüfung nochmals durchlaufen. Auch dieser Antrag: Planung zurück auf Feld 1.

Der Gemeinderat legt dem Parlament vor der Volksabstimmung die Schulraumplanung für das Wangental vor. Meines Wissens, ansonsten kann mich mein Kollege korrigieren, ist für den Herbst genau diese Planung als Parlamentsgeschäft in Vorbereitung. Wir kennen die Situation in Oberwangen und diese kommt ins Parlament. Doch ich habe es gesagt, wir sprechen hier über eine Differenz von theoretisch drei Schülern.

Vielleicht noch zum Antrag der GPK, dass die Redaktionskommission beauftragt wird, die Auswirkungen auf die Schulraumsituation oder die Schulraumplanung in einem zusätzlichen Kapitel reinzuschreiben. Ich glaube, hier bräuchte es die Unterstützung der Planungsabteilung, welche hier selbstverständlich helfen würde. Mit dem könnten wir leben, doch ich habe versucht, euch die Auswirkungen aufzuzeigen.

Wir verlieren also im Minimum zwei Jahre – vielleicht verlieren wir sogar den Investor oder den Entwickler auf diesem Areal. Wir haben interne Vorleistungen in der Grössenordnung von CHF 100'000 für diese Planung erbracht. Das qualitätssichernde Verfahren, welches die Grundeigentümerschaft finanziert hat, beläuft sich auf CHF 200'000. Ob mit einer Rückweisung hier noch jemand weiterfahren will, das sei dahingestellt. Vielleicht gehen wir auf die heute geltende baurechtliche Grundordnung zurück, welche ja scheinbar besser ist, als jene, welche euch hier vorliegt - CHF 300'000 einfach verpuffen lassen und das nach dieser Diskussion, welche ich heute Abend bei der Rechnung gehört habe, dass man sorgfältig mit Steuergeldern umgehen soll.

Darum bitte ich euch, weist den Rückweisungsantrag ab und folgt dem Gemeinderat. Damit habt ihr die beste Gewähr, dass wir dieser Mangellage an Wohnungen eine Antwort geben und darauf reagieren können.

Detailberatung

Das Wort wird nicht verlangt.

Beschluss Sitzungsunterbruch

Das Parlament stimmt dem Antrag auf Sitzungsunterbruch zu.
(Abstimmungsergebnis: einstimmig)

Fortsetzung Diskussion

Corina Burren, parteilos: Wir von der Redaktionskommission wollen euch daran erinnern, das wir bei dem Antrag auf Ergänzung um einen Abschnitt in der Abstimmungsbotschaft die Verwaltung zur Unterstützung beiziehen müssen. Es erinnert uns ein bisschen an die Abstimmungsbotschaft zur Spez-Sek-Initiative im vergangenen Jahr. Auch damals sind an uns Anträge bezüglich Ergänzung der Botschaft gestellt worden, welche dann zu grossen Diskussionen über unsere Kompetenz in der Kommission geführt haben. Gemäss Geschäftsreglement des Parlaments, Art. 47 Abs. 1 dürfen wir ja Teile der Botschaft überarbeiten und endgültig festlegen.

Wir möchten euch daran erinnern, dass wir nicht über das Fachwissen verfügen, um das im Antrag formulierte Kapitel "Auswirkungen auf die Schulraumplanung" zu ergänzen. Wir würden folglich bei einer Annahme dieses Antrags, die Verwaltung um eine Formulierung bitten und diese dann so in die Botschaft übernehmen.

Lukas Erni, Grüne: Ich möchte gerne noch einen Eventualantrag stellen – ich weiss, das ist etwas kurzfristig – und zwar gibt es den Absatz 4.6, wo es um diese 15% unter dem Standard geht. Wir würden danach gerne einen weiteren Artikel einfügen. Ich lese ihn schnell vor: " Absatz 4.6 gilt nicht für Gebäude oder Areale, für die ein SNBS-Zertifikat eingeholt wird. Mit dem Baugesuch ist eine Planungsvereinbarung zwischen den Gesuchstellenden und der Gemeinde einzureichen, in der die Modalitäten für die Zertifizierung und Rezertifizierung festgelegt sind." Dieser Eventualantrag reichen wir ein, für den Fall, dass das Geschäft nicht zurückgewiesen wird.

Parlamentspräsidentin Arlette Münger: Ich als Parlamentspräsidentin will nicht, dass ihr über etwas abstimmt, welches ihr nicht schriftlich vor euch habt, darum habt ihr diesen Antrag jetzt alle auf euer Mail erhalten. Bitte lest doch kurz euer Mail durch.

Sandra Röthlisberger, GLP: Danke für den Sitzungsunterbruch. Ich möchte noch kurz zwei Punkte erwähnen. Zur Neuauflage, ja, diese ist erforderlich, wenn man diesen Rückweisungsantrag unterstützt, aber die zwei Jahre können wir sehr gut für diese Schulraumplanung nutzen. Denn diese wird vermutlich auch nicht innert einer Woche gemacht, um hier eine bessere Klarheit zu schaffen. Die alte Planung ist - so viel ich weiss - aus den 90er Jahren. Ich glaube nicht, dass der Investor jetzt die alte Planung nimmt und nach dieser baut und wenn er dies machen würde, so müsste er die neue Lärmschutzverordnung anwenden und er muss auch bezüglich der Sichtbermen das aktuell geltende Recht anwenden. Er kann also nicht einfach die alte Planung umsetzen. Er kann sich aber auf die alte, gültige ZPP beziehen, welche gültig ist, aber das übergeordnete Recht gilt - die Oberwängener müssen sich wegen des Lärmschutzes also keine Sorgen machen, dies ist geregelt.

Ich bin froh, wenn ihr uns bei dieser Rückweisung unterstützt, denn so wird diese Sache sicher besser. Und die zwei Jahre haben wir und haben dann eine bessere Situation vor Ort.

Gemeinderat Christian Burren, SVP: Vielleicht noch etwas zu Sandra Röthlisberger: Der Strassenanschluss wird im Rahmen der Sanierung der Freiburgstrasse so oder so verbessert. Und das war das Argument gewesen, aufgrund dessen wir dem letzten Baugesuch nach der heute geltenden baurechtlichen Grundordnung den Bauabschlag erteilen konnten. Dieses Argument würde uns entfallen. Wenn es dumm geht – selbstverständlich, die Lärmschutzverordnung etc. das muss alles eingehalten werden, das ist mir bewusst – doch es könnte durchaus jemand aufgrund der heute geltenden Grundordnung bauen. Das ist eine Tatsache.

Dann zum Abänderungsantrag zu den Nutzungsvorschriften der Grünen: Ich habe von der fachlichen Seite gehört, dass dies ein Antrag aus dem Musterbaureglement ist. Da gehe ich davon aus, dass dieser genehmigungsfähig ist, aber ich kann nicht abschliessend sagen, ob dem wirklich so ist. Wir hatten solche Anträge im Zusammenhang mit dem Zentrum Niederwangen, was den Anteil der erneuerbaren Energie anbelangte, welche später nicht genehmigungsfähig waren und wo wir zurück kribben mussten. Und darum warne ich trotzdem: Seid vorsichtig mit solchen Anträgen - auch wenn sie aus dem Musterbaureglement kommen. Ich kann hier nicht sagen, was es für Konsequenzen hätte, wenn wir diesen hier einpflegen würden.

Beschluss Antrag getrennte Abstimmung über die einzelnen Ziffern des Rückweisungsantrags

Das Parlament lehnt den Antrag auf getrennte Abstimmung ab.
(Abstimmungsergebnis: 11 für getrennte Abstimmung, 22 dagegen)

Beschluss über Rückweisungsantrag der EVP-GLP-Mitte-Fraktion

Das Parlament lehnt folgendem Rückweisungsantrag der EVP-GLP-Mitte-Fraktion ab:

1. Ein relevanter Anteil der Wohnungen ist preisgünstig. Diese Wohnungen sollen eine Mindestbelegung aufweisen. Die besonderen Vorschriften zum Nutzungsplan sind entsprechend zu ergänzen. (Abstimmungsergebnis:
2. Der Anteil Wohnnutzung ist zu begrenzen. Dienstleistungs- und Verkaufsflächen sind als Mindestanteil zu realisieren (Abstimmungsergebnis:
3. Das maximale Mass der Nutzung ist um 1/7 zu reduzieren, sofern die SNBS-Areal-Anforderungen nicht erfüllt sind. Die besonderen Vorschriften zum Nutzungsplan sind entsprechend zu ergänzen. (Abstimmungsergebnis:
4. Der Gemeinderat legt dem Parlament vor der Volksabstimmung die Schulraumplanung für das Wangental (Thörishaus, Oberwangen, Niederwangen, Ried) vor. Darin sind die SuS-Prognosen und die Klassenzahlen je Schulstandort aufzuzeigen. Nötige Investitionen in die Schulinfrastrukturen sind darzulegen.

(Abstimmungsergebnis: 11 Stimmen für Rückweisung, 25 dagegen)

Beschluss über Abänderungsantrag der Grünen zu den Nutzungsvorschriften

Das Parlament lehnt folgenden Antrag der Grünen zu den Nutzungsvorschriften ab:

Neue Ziffer zwischen 4.6 und 4.7

Absatz 4.6 gilt nicht für Gebäude oder Areale, für die ein SNBS-Zertifikat eingeholt wird. Mit dem Baugesuch ist eine Planungsvereinbarung zwischen den Gesuchstellenden und der Gemeinde einzureichen, in der die Modalitäten für die Zertifizierung und Rezertifizierung festgelegt sind.

(Abstimmungsergebnis: 16 Stimmen für den Antrag, 18 Stimmen dagegen, 2 Enthaltungen)

Beschluss über Antrag an die Stimmberechtigten (GR-Antrag Ziffer 1)

Mit 26 zu 7 Stimmen bei 2 Enthaltungen beantragt das Parlament den Stimmberechtigten, folgende Beschlüsse zu fassen:

1. Der Änderung der baurechtlichen Grundordnung, Zone mit Planungspflicht ZPP Nr. 12/3 «Station Oberwangen» wird zugestimmt.
2. Der Gemeinderat bestimmt den Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Änderung.

Beschluss über Antrag der GPK zum Überarbeitungsauftrag der Abstimmungsbotschaft an die Redaktionskommission

Das Parlament stimmt folgendem Antrag der GPK zu:

Die Redaktionskommission wird beauftragt, die Auswirkungen auf die Schulraumplanung in einem zusätzlichen Kapitel zu ergänzen.

(Abstimmungsergebnis: Mehrheit offensichtlich)

Schlussabstimmung über Abstimmungsbotschaft

Die Botschaft an die Stimmberechtigten und der Wortlaut der Abstimmungsfrage werden genehmigt.

(Abstimmungsergebnis: Mehrheit offensichtlich)

PAR 2024/52

Änderung Bildungssteuerung - Anpassung Bildungsreglement, Einsetzung einer nichtständigen parlamentarischen Kommission

Wahl; Direktion Bildung und Soziales

1. Ausgangslage

Der Gemeinderat hat am 30.11.2023 die Abteilung Bildung, Soziale Einrichtungen und Sport (BSS) beauftragt, eine Prozessplanung für die Revision des Bildungsreglements unter stufengerechter Mitwirkung aller am Bildungssystem beteiligten Personen zu erarbeiten. Diese liegt nun vor (siehe weiter unten). Zur möglichst breiten Abstützung dieses wichtigen Geschäfts beantragt der Gemeinderat dem Parlament, eine nichtständige Kommission einzusetzen.

Am 4.12.2023 nahm das Parlament bereits die Antwort des Gemeinderates zur Interpellation V2311 (GLP, EVP, die Mitte, Grüne, junge Grüne) „Quo vadis, Bildungssystem Köniz?“ zur Kenntnis. Der Gemeinderat stellte damals fest, dass er eine Überarbeitung des Bildungsreglements als dringende Notwendigkeit ansieht, insbesondere in Bezug auf die Steuerung der Könizer Volksschule. Der Gemeinderat erkennt Probleme in der heutigen Struktur. Die alleinige Führungskompetenz bei den Schulkommissionstandems hängt stark von den Fähigkeiten und Verfügbarkeiten der gewählten Mitglieder ab. Daher dürften für diese Führungsfunktion eigentlich nur Personen in Frage kommen, die ausserordentlich flexibel sind, die Führungserfahrung mitbringen, die sich mit den Abläufen im bernischen Volksschulsystem auskennen und die in Krisensituationen anspruchsvolle Prozesse gestalten, begleiten und professionell moderieren können. Dies steht einerseits im Widerspruch zum Milizgedanken, andererseits wird das derzeitige Anforderungsprofil für Mitglieder der Schulkommission als unzureichend betrachtet. Die für die Personalführung der Schulleitungen zuständigen SK-Tandems sind teilweise mit ihrer Aufgabe überfordert. Der Aufwand für die SK-Tandems und die Abteilung Bildung ist sehr hoch, die Kontinuität der Prozesse nicht garantiert.

Die Schulkommission Köniz hat im November 2023 die Zielsetzungen und Massnahmen aus der Könizer Bildungsstrategie 2018-2024 durchgesehen, diskutiert und bewertet. Sie kam dabei zum Schluss, dass die meisten Ziele der Bildungsstrategie erreicht wurden und dankt allen Beteiligten dafür. Wo noch Handlungsbedarf besteht, wird die Schulkommission sich in den kommenden Jahren dafür einsetzen. Die Schulkommission einigte sich darauf, dass vor der Auflage eines neuen Bildungsstrategieprozesses zuerst die zukünftige Bildungssteuerungsstruktur geklärt werden muss..

2. Prozessplanung

Die von der Abteilung BSS erarbeitete und vom Gemeinderat verabschiedete Prozessplanung sieht vier Phasen vor:

Phase	Zeitraum
1) Prozessplanung	Jan.-April 2024
2) Entscheidungsgrundlagen	Mai-Juli 2024
3) Meinungsbildung und Diskussion	Aug.-Dez. 2024
4) Beschlüsse	Jan.-Juni 2025
Inkraftsetzung	1.8.2026

Die Inkraftsetzung der beschlossenen Revision ist für den 1.8.2026 vorgesehen, dem Beginn des Schuljahrs 2026/2027.

2.1 Phase 1) Prozessplanung

Diese Phase wurde bis Ende April 2024 abgeschlossen.

2.2 Phase 2) Entscheidungsgrundlagen

Um eine fruchtbare Diskussion und Meinungsbildung zu ermöglichen, ist vorgesehen, allererst unter Begleitung/Steuerung einer verwaltungsinternen Projektgruppe eine umfassende Entscheidungsgrundlage auszuarbeiten.

Dieses Vorgehen garantiert, dass die nichtständige parlamentarische Kommission sowie weitere Involvierte ab Sommer 2024 eine Diskussion über real mögliche Modelle der Bildungssteuerung führen können. Damit wird verhindert, dass «auf einem weissen Blatt Papier» mit den Diskussionen begonnen werden muss. Dies ist wichtig, weil die Schulsteuerungsmodelle komplex sind und in ihren Auswirkungen (beispielsweise auch auf die Kosten) möglichst konzis beschrieben sein sollten, *bevor* die Diskussion startet. Der Gemeinderat wird die Entscheidungsgrundlagen zur Kenntnis nehmen, diskutieren und zuhanden der parlamentarischen Kommission verabschieden. Die Schulkommission kann vorgängig Stellung nehmen.

2.3 Phase 3) Meinungsbildung und Diskussion

Aufgrund der umfassenden Entscheidungsgrundlagen befasst sich im zweiten Halbjahr 2024 die nichtständige parlamentarische Kommission ausführlich mit den möglichen Modellen der Bildungssteuerung. Nach Abschluss dieser Phase sind die möglichen Modelle verfeinert und für einen Richtungsentscheid seitens des Gemeinderates aufbereitet.

2.4 Phase 4) Beschlüsse

Anfang des Jahres 2025 entscheidet der Gemeinderat darüber, welches Modell bzw. welche Modelle der Bildungssteuerung weiterhin im Fokus bleiben sollen. Für die ausgewählten Modelle wird dann anschliessend eine konkrete Revisionsvorlage ausgearbeitet (nötige Änderungen am Reglements-text). Diese Revisionsvorlage geht dann rechtzeitig ans Parlament, damit dieses sie in der Junisitzung beschliessen kann. Bei diesem Geschäft wird die nichtständige Kommission als vorberatende Kommission fungieren.

Darauf bleibt ein Jahr Zeit, um die neue Steuerungsstruktur für die Inkraftsetzung auf den 1.8.2026 (Beginn Schuljahr 2026/2027) umzusetzen. Allfällige Auswirkungen auf die Organisation der Abteilung Bildung, Soziales und Sport werden in einem separaten Projekt parallel und aufeinander abgestimmt erarbeitet.

2.5 Verwaltungsinterne Projektgruppe

Eine verwaltungsinterne Projektgruppe wird den ganzen Prozess steuern und überwachen (speziell auch in der Phase «Entscheidungsgrundlagen»). In dieser Gruppe sind folgende Rollen/Funktionen integriert:

- Abteilungsleiter BSS (Projektleiter)
- 1 Einsitz Präsidium Schulleitungskonferenz SLK
- 1 Einsitz Tagesschulleitungskonferenz TSLK
- Präsidium Schulkommission
- Fachstelle Bildung
- Externe Projektbegleitung

3. Zeitpunkt der Einsetzung der Kommission

Um den Einbezug des Parlaments und der Fraktionen vor diesen weitreichenden Beschlussfassungen wirklich zu gewährleisten, soll eine nichtständige parlamentarische Kommission eingesetzt werden. Gemäss Prozessplanung kommt diese Kommission in der Phase 3) «Meinungsbildung und Diskussion» ausführlich zum Zug.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Parlament, folgende Beschlüsse zu fassen:

1. Das Parlament setzt zur Begleitung der Vorarbeiten und zur Vorberatung der Parlamentsvorlage zur Anpassung des Bildungsreglements eine nichtständige parlamentarische Kommission „Änderung Bildungssteuerung, Anpassung Bildungsreglement“ gemäss Art. 66 GO ein.
2. Die Kommission besteht aus 7 Parlamentsmitgliedern; für die Zusammensetzung ist der Verhältnisschlüssel massgebend, der sich aus den letzten Wahlen ergeben hat. Frauen und Männer sollen in der Kommission angemessen vertreten sein.
3. Die Kommission hat folgende Aufgaben:
 - a. Diskussion und Rückmeldung zu den von der Direktion BSS erarbeiteten Entscheidungsgrundlagen und Steuerungsmodellen
 - b. Begutachtung und formelle Prüfung des Parlamentsgeschäfts «Änderung Bildungssteuerung, Anpassung Bildungsreglement»
 - a. Berichterstattung im Parlament über die wesentlichen Ergebnisse der Prüfung des Geschäfts mit Abstimmungsempfehlung zu Händen des Parlaments unter Angabe des Stimmenverhältnisses in der Kommission.
4. Als Kommissionsmitglieder werden gewählt:
5. Als Kommissionspräsidentin oder Kommissionspräsident wird gewählt:
6. Der Auftrag der nichtständigen Kommission «Änderung Bildungssteuerung, Anpassung Bildungsreglement» dauert längstens bis zur Beschlussfassung im Parlament.

Köniz, 24. April 2024

Der Gemeinderat

Beilagen

- 1) V2311 Interpellation (GLP, EVP, die Mitte, Grüne, junge Grüne) „Quo vadis, Bildungssystem Koeniz?“, Beantwortung

Diskussion

Parlamentspräsidentin Arlette Münger: Es handelt sich hier um einen Beschluss der Direktion Bildung und Soziales. Ihr habt die folgenden Sitzungsakten: Den Bericht und den Antrag des Gemeinderates. Zum Vorgehen: Die GPK-Referentin hat zuerst das Wort, dann folgen die Voten der Fraktionen, die Einzelvoten der Parlamentsmitglieder, der Gemeinderat und dann die Abstimmung und Wahl der Kommissionsmitglieder. Mit Mail vom 10. Juni 2024 habe ich euch gebeten, die Vorschläge für die Wahl der Kommissionsmitglieder und das Präsidium vorgängig schriftlich mitzuteilen.

GPK-Referentin, Franziska Adam, SP Frauen: Die GPK dankt der Verwaltung für die Aufbereitung des Geschäfts und die Klärung der Fragen. Wie wir im Parlamentsantrag lesen können, ist es laut Gemeinderat dringend nötig, zuerst die Frage der Bildungssteuerung zu klären, bevor das Thema Überarbeitung des Bildungsreglements angegangen werden kann. Es macht laut Verwaltung und gemäss Fachexperten Sinn, zuerst die Bildungssteuerung anzugehen und erst dann die Bildungsstrategie. Das heisst, das Ganze wird in verschiedene Pakete aufgeteilt.

Die heutige Struktur mit der alleinigen Führungskompetenz für die Schulleitungen durch die Schulkommissionstandems ist für alle Beteiligten unbefriedigend. Es braucht enorme zeitlich flexible Ressourcen und auch wichtige Führungskompetenzen, um dieses Mandat auszuüben. Dazu kommt, dass sich die Schulkommissionsmitglieder in den Abläufen des bernischen Volksschulgesetzes auskennen und auch eine Ahnung von den Personalprozessen, wie Anstellungs- und Kündigungsprozess oder das Vorgehen bei Krisensituationen, wie Führungsmängel bei den Schulleitungen etc., haben müssen. Diese Anforderungen sind sehr hoch und trotz grossem Engagement seitens Schulkommission können diese nicht alle erfüllt werden. Die Schulkommission und auch die Verwaltung sind sich einig, dass es eine Anpassung dieser Steuerung braucht.

Wir lesen im Projekt, das vier unterschiedliche Phasen geplant sind. Die erste Phase, der Prozess Planung, ist bereits abgeschlossen und wir befinden uns jetzt in der zweiten Phase. So wird eine verwaltungsinterne Projektgruppe eine umfassende Entscheidungsgrundlage ausarbeiten, das heisst, sie wird verschiedene Modelle von Bildungssteuerungen mit allen Vor- und Nachteilen auflisten. Es gibt bereits Modelle, wie zum Beispiel Burgdorf oder Biel, wo die Steuerung näher bei der Verwaltung angesiedelt ist. Der Gemeinderat wird diese Entscheidungsgrundlagen anschauen und zu Händen dieser nichtständigen parlamentarischen Bildungskommission, welche später noch gewählt oder gegründet werden wird, verabschieden. Die Schulkommission kann zu diesen verschiedenen Modellen vorgängig Stellung beziehen.

Die dritte Phase umfasst die Meinungsbildung und die Diskussion in der parlamentarischen Bildungskommission. Es werden mögliche Modelle verfeinert und ein Richtungsentscheid für den Gemeinderat aufgearbeitet. Anfangs 2025 entscheidet der Gemeinderat in der vierten Phase darüber, welches oder welche Modelle im Fokus bleiben. Dann wird eine konkrete Revisionsgrundlage ausgearbeitet, mit einer Änderung am Reglementstext, über welche wir, das Parlament, werden abstimmen können.

Die Abstimmung im Parlament soll an der Juni-Sitzung 2025 erfolgen, damit man ein Jahr Zeit hat, um die neue Führungsstruktur für das Schuljahr 2026 umzusetzen.

Die GPK hat sich folgende Fragen gestellt:

- Warum ist die Schulkommission nicht bereits in der verwaltungsinternen Projektgruppe eingebunden? Die Schulkommission wird bei allen Entscheidungsgrundlagen bzw. bei der Auswahl der Modell einbezogen.
- Kann die nichtständige parlamentarische Bildungskommission überhaupt mitreden? Ja, sie hat eine zentrale Funktion vor allem in der dritten Phase der Meinungsbildung und der Diskussion. Die parlamentarische Kommission wird zirka ein Jahr lang beschäftigt sein und zahlreiche Sitzungen durchführen müssen. Der Aufwand ist also relativ gross.
- Welche Rolle wird in Zukunft die Schulkommission haben? Das ist noch nicht klar. Gewünscht wird, dass sie wieder vermehrt strategische Aufgaben übernimmt, wie dies ursprünglich auch geplant war. Wie das Gremium in Zukunft aussehen wird, wird sich bei der Wahl des neuen Steuerungsmodells zeigen. Zum jetzigen Zeitpunkt kann dies noch nicht gesagt werden. Die externe Projektleitung wird durch Markus Heinzer besetzt und je nach Modell können die Kostenfolgen unterschiedlich hoch sein.

Die GPK stellt einstimmig fest, dass die für den Entscheid notwendigen Informationen und Unterlagen vorliegen und empfiehlt dem Parlament ebenfalls einstimmig, den Anträgen des Gemeinderates, Ziffern 1 bis 3 und 6 zuzustimmen.

Fraktionssprecherin SP/JUSO Mayra Faccio, SP Frauen: Das Bildungsreglement muss dringend überarbeitet werden. Das hätte schon viel früher geschehen sollen. Warum man so lange damit gewartet hat, dieses Reglement in Angriff zu nehmen, ist unverständlich. Wir sehen hier einen grossen Handlungsbedarf. Zum einen bei den Leitungen der Schulen, aber auch ganz allgemein im Bildungswesen.

Die Schulleitungen werden in Köniz heute noch von einem Laiengremium eingestellt und kontrolliert. Das ist einfach nicht mehr zeitgemäss. In einem anderen Arbeitsbereich würden wir dies auch nicht mehr gutheissen. Stellt euch mal vor, man würde die Leitung von einem Spital heute noch von einem solchen Gremium führen lassen. Wir wären schon lange auf den Barrikaden.

Darum brauchen wir auch im Bildungswesen Menschen, welche die nötigen Erfahrungen und Kompetenzen für einen solchen Führungsjob mitbringen. Wir müssen das Ganze professionalisieren und die Schulkommission entlasten.

Die Schulkommission kommt im Moment mit dieser Arbeitslast, welche sie stemmen muss, an ihre Grenzen. Der Aufwand für die einzelnen Mitglieder ist einfach zu gross. Wenn man die Schulleitungen aus dieser Last rausnimmt, können sie sich wieder mehr auf alle anderen Aufgaben einlassen und sich genügend Zeit für diese nehmen.

Wir finden es auch super, dass die Schulkommission in den Prozess einbezogen wird und mit der parlamentarischen Bildungskommission zusammen eine neue Lösung ausarbeitet. Warum die Schulkommission nicht in der verwaltungsinternen Projektgruppe vertreten ist, verstehen wir nicht ganz. Wir hätten zum Beispiel die beiden Co-Vize-Präsidentinnen als kompetent dafür empfunden.

Wir finden den angedachten Prozess gut und unterstützen die Schaffung einer nichtständigen parlamentarischen Bildungskommission, welche die verschiedenen Modelle miteinander vergleicht und die beste Lösung für Köniz entwickelt.

Die SP/JUSO-Fraktion stimmt allen Anträgen einstimmig zu. Wir unterstützen ausserdem die grüne Kandidatur für das Präsidium.

Nur den Abänderungsantrag der FDP lehnen wir einstimmig ab. Es ist wichtig, dass man das Thema jetzt richtig angeht. Mit den nötigen Ressourcen. Fünf Menschen sind schlicht und einfach zu wenige Köpfe für so ein dringliches Thema. Geben wir den Bildungsinstitutionen doch endlich die Wichtigkeit, welche sie verdient haben.

Fraktionssprecherin Grüne/Junge Grüne: Monika Röthlisberger, Grüne: Die aktuelle Struktur mit der heutigen Schulkommission ist nicht funktional und nicht effizient. Und vor allem entspricht sie nicht den Ansprüchen, welche sich aus der Professionalisierung der Schulführungen in den letzten Jahren ergeben haben. Wir waren bereits 2017 der Meinung, dass diese Konstruktion der damals neuen Schulkommission so nicht funktioniert – nicht funktionieren kann:

1. Es besteht eine massive Diskrepanz zwischen den Aufgabenbeschrieben im Art. 12 Abs. 5 des Bildungsreglements. Unter Buchstabe a) ist die Schulkommission ein strategisches und beratendes Aufsichtsorgan und unter Buchstabe b) sind dann alles nur operative Aufgaben aufgeführt. Da hat man Äpfel mit Birnen vermischt und ist mit zu wenig Management-Sachverstand dahinter. Es ist Zeit, dass wir dies bereinigen.
2. Die Schulkommission ist ein Laiengremium, welches in der Regel mit wenigen fachkundigen Personen als direkte Vorgesetzte von professionellen Schulleitungen funktionieren. Zudem erfüllen längstens nicht alle Schulkommmissionsmitglieder das Anforderungsprofil und auch die Leitung der Schulkommission sind Laien. Als Struktur ist dies definitiv nicht mehr zeitgemäss, wenn man sieht, wie gross das Künzler Bildungswesen ist, mit über 30 Schulleitungen, hunderten Lehrpersonen und tausenden Schülerinnen und Schülern und was dies für die Verantwortung einer Schulkommission bedeutet.

Die Grünen/Jungen Grünen sehen rundum Verbesserungspotential und werden einstimmig unterstützen, dass diese Revision angegangen wird und wir sind auch grundsätzlich mit dem Zeitplan, dem Vorgehen und dem Einsetzen einer nichtständigen Kommission einverstanden. Den Antrag der SVP lehnen wir ab.

Aber, was ich auch noch sagen muss: Was uns irritiert ist, dass im Ablauf steht, die Prozessplanung habe bis im April 2024 gedauert, während uns der zuständige Gemeinderat im November 2023 die Auslegeordnung für Februar 2024 versprochen hat. Und jetzt lesen wir, dass diese Grundlagen erst noch erarbeitet werden müssen. Da stellen wir uns schon die Frage, wie gründlich und ernsthaft der Gemeinderat dieses Geschäft betreut. Wir zählen darauf, dass in der Steuerung unserer Volksschule Verbindlichkeit und Qualität wichtige Werte sind.

In den Unterlagen ist uns Phase 2 nicht ganz klar. Verstehen wir richtig? Der Gemeinderat bildet sich vorab eine Meinung auf Basis der Entscheidungsgrundlagen, bevor diese dann der Kommission zur Phase 3, Meinungsbildung und Diskussion, unterbreitet werden? Und zuvor geht es noch vorgängig in die Schulkommission? Sprich, das wäre jetzt im Juni der Fall. Hier wären wir um eine Klärung des Ablaufs froh, wer jetzt wann, was macht und welchen Planungsspielraum die zukünftige Kommission dann haben wird.

Eine weitere Unklarheit sehen wir in der offenbar separat geplanten Reorganisation in der BSS. Es ist aus unserer Sicht absolut klar, dass eine Neuorganisation der Bildungssteuerung auch in der BSS Konsequenzen hat. Es ist für uns auch klar, dass, wenn wir von einem Laiensystem zu einem professionelleren System kommen wollen, dies zu mehr Aufwand, sprich Stellenprozenten in der BSS führt. Zu einer guten zukunftsfähigen Lösung kommen wir aber nur, wenn das Arbeitsergebnis der Kommission dann auch in die parallel entwickelte Reorganisation der BSS passt.

Noch ein Wort zur Bildungsstrategie, in welcher offenbar alle Ziele als erreicht bewertet worden sein sollen. Das erstaunt uns sehr. Unsere eigenen Schulkommmissionsmitglieder haben diese Diskussion anders eingeordnet. Wichtig ist hier vor allem, dass man sich gut überlegt, ob und für was es eine kommunale Bildungsstrategie braucht. Das haben wir bereits das erste Mal in Frage gestellt und würden dies auch weiterhin so sehen.

Ich komme hier zum Fazit und komme später nochmals mit einem Einzelvotum: Wir stehen voll hinter dem Vorhaben, sofern es in Richtung Professionalisierung geht. Unser Bildungssystem muss uns dies Wert sein. Wir werden den Anträgen des Gemeinderates folgen und schlagen Christina Aebischer als Mitglied und als Kommissionspräsidentin vor. Sie engagiert sich seit Jahren im Parlament und auch ausserhalb für eine zukunftsgerichtete Bildungspolitik. Sie hat zudem wertvolle berufliche Führungserfahrung und kennt sich auch mit Organisationsstrukturen bestens aus. Wir empfehlen Christina wärmstens als Kommissionspräsidentin. Danke für eure Unterstützung.

Fraktionssprecher Dominic Amacher, FDP: Ich kann es eigentlich ziemlich kurz halten: Wir sehen als FDP auch den Bedarf und folgen dem Antrag des Gemeinderates. Die Stossrichtung und den Vorgehensplan finden wir gut. Von uns wird Mark Kobel als Mitglied für die Kommission vorgeschlagen. Und noch zum letzten Punkt: Ihr habt es gesehen, wir haben einen Abänderungsantrag für die Ziffer 2 eingereicht, für eine Reduktion von sieben auf fünf Mitglieder. Dies auch aufgrund der Erfahrungen aus der Personalkommission - in welcher ich persönlich auch drin bin - in welcher ich finde, dass es ist viel effizienter ist, wenn man zu fünf ist. Man kann schneller Termine suchen und auch finden - mit sieben Mitgliedern wird es schwieriger - man kann viel konzentrierter arbeiten, man kann dran bleiben, es ist effizienter und darum finden wir, fünf Mitglieder reichen aus und auch der Proporzschlüssel wird so eingehalten. Vielen Dank für die Kenntnisnahme.

Fraktionssprecher EVP-GLP-Mitte Toni Eder, die Mitte: Die EVP-GLP-Mitte-Fraktion stimmt den Anträgen des Gemeinderates grundsätzlich zu. Warum nur grundsätzlich? Wir unterstützen die Bildung einer Fünferkommission. Nicht weil es zu wenig wichtig wäre, ganz im Gegenteil. Mit einer guten Vorbereitung der Unterlagen durch die Verwaltung und dem Gemeinderat gelingt es einer Fünferkommission rascher, die notwendigen Arbeiten zu erledigen - da bin ich mit dem Vorredner einverstanden. Wir müssen dies jetzt an die Hand nehmen und zügig durchziehen.

Den zweiten Punkt will ich nicht als Abänderungsantrag stellen, aber trotzdem bitten, das Anliegen aufzunehmen: Es betrifft den Gemeinderat, aber auch die künftige Kommission. Wenn ich die Beschreibung der Aufgaben der Kommission lese, dann könnte man meinen, die Kommission würde ganz alleine im stillen Kämmerchen arbeiten - nach den Vorgaben und Unterlagen, welche verwaltungsintern und vom Gemeinderat erarbeitet worden sind und dann ist irgendwann dann dieses Ergebnis fertig und ein Antrag liegt vor und wir können hier dann nur noch "Ja" sagen und etwas meckern, doch wir können eigentlich nur noch "Ja" oder "Ja" sagen. Wir stellen uns vor, dass die Kommission die Möglichkeit haben muss, die Meinung der Fraktionen bereits vorher abzuholen. Das bedingt, dass nicht einfach alles geheim ist. Das bedingt aber auf der anderen Seite auch, dass die Kommunikation während des ganzen Prozesses sehr wichtig ist, so im Sinn: "Wer erfährt, wann was?" Es kann nicht sein, dass wir in den Fraktionen Informationen haben, welche dann in der Verwaltung nicht vorhanden sind etc., das muss man sehr gut planen. Doch wichtig ist, dass wir in den Fraktionen bereits zuvor mitdiskutieren werden können.

Wir schlagen Katja Streiff als Kommissionsmitglied vor. Sie hat Erfahrung in Kommissionen, ist schon lange im Parlament. Sie ist Mitglied in der ständigen kantonalen Bildungskommission und erfüllt dieses Amt ganz gut. Ich könnte noch eine halbe Stunde darüber sprechen, kürze das jetzt aber ab.

Sollte noch ein zweites Mitglied notwendig sein, weil diese Siebner-Kommission bleibt, dann würden wir eine Nachmeldung machen.

Fraktionssprecherin SVP Corina Burren, parteilos: Wir von der SVP-Fraktion finden es auch notwendig, das Bildungsreglement zu überarbeiten. Das vorgeschlagene Vorgehen erachten wir als sinnvoll und wir sind damit einverstanden. Als Mitglied der nichtständigen parlamentarischen Kommission, welche sich mit der Anpassung des Bildungsreglements auseinandersetzen wird, schlagen wir Andrea Winzenried vor. Als Schulkommissionsmitglied kennt sie das Könizer Bildungssystem bestens. Wir sind uns bewusst, dass sie bei wenigen Themen möglicherweise in den Ausstand gehen muss, erachten dies aber nicht als Hindernis für eine Wahl. Ihr Wissen und ihre Erfahrungen aus der Schulkommission sind bestimmt wertvoll für die neue Kommission. Wir danken euch, wenn ihr die Wahl von Andrea unterstützt.

Dem Antrag der FDP, fünf statt sieben Mitglieder für die Kommission zu stellen, stimmen wir zu.

Monika Röthlisberger, Grüne: Ich will das Traktandum Bildungssteuerung nutzen, um das Parlament darüber zu informieren, dass unsere beiden Schulkommissionsmitglieder im April dieses Jahres ihren Rücktritt per Ende dieses Schuljahres eingereicht haben. Und dass die Grünen/Jungen Grünen, bis zum Ende der ordentlichen Amtsperiode der Schulkommission auf ihren Sitzanspruch verzichten.

Wir werden keine neuen Personen zur Wahl vorschlagen und wir werden auch keine neuen Personen wählen. Dieser Entscheid ist eng mit der Diskussion zur Bildungssteuerung verflochten, welche jetzt endlich stattfindet.

Es ist ein Fakt, dass unsere Schulkommission in ernststen Krisensituationen in der Schule nicht funktional ist. Die veraltete Struktur ist mit Laien besetzt und wird durch Laien geführt. So ist sie häufig nicht in der Lage, wirkungsvoll und professionell mit schwierigen Situationen umzugehen. Es fehlt beispielsweise das Wissen und die Erfahrung im Arbeitsrecht, in der Konfliktmediation, im Umgang mit Mobbingvorwürfen und den verschiedenen weiteren Herausforderungen, welche die Führung von Schulleitungen mit sich bringen können. Ausserdem führen schwierige Situationen zu einem Arbeitsaufwand - es wurde bereits gesagt - welcher weit über die im Anforderungsprofil veranschlagten 200 Stunden pro Jahr hinaus gehen, wenn man es seriös machen will und das erwarten wir ganz klar von der Schulkommission. Ich weiss, wovon ich spreche, so war ich doch selber Mitglied in dieser Kommission.

Bei einer Krise in einer Schule steigt zusätzlich auch die Belastung in der BSS sehr stark an, da wegen des Laienkonstrukts dann doch viele Aufgaben trotzdem über die BSS laufen müssen. Das gibt ein sehr ineffizientes Hin und Her und noch mehr Frust auf allen Seiten.

Wir haben uns intensiv mit den Gründen der beiden Rücktritte auseinandergesetzt und es wurde klar, dass es für uns nicht in Frage kommt, als Nachfolge jemanden vorzuschlagen, welcher den Anforderungen fachlich oder zeitlich nicht genügt. Das wäre für uns gegenüber der Schulleitungen, Lehrpersonen und Schülerinnen und Schüler, verantwortungslos. Eine Person zu finden, welche kompetent und zeitlich so flexibel ist, wie es dies braucht, ist enorm schwierig. Besonders auch wegen der schlecht funktionierenden aktuellen Situation. Letztendlich halten wir es auch für verantwortungslos, wenn weiter in solchen Strukturen gearbeitet wird. Wir sind sehr froh, wenn diese Revision jetzt dann kommt und durch eine parlamentarische Kommission geleitet wird und verzichten darauf, die bestehende Struktur für die verbleibenden zwei Jahre künstlich am Leben zu erhalten. Notabene, die zuständigen Personen in der Verwaltung haben wir bereits informiert. Sie werden die nächsten Schritte jetzt einleiten.

Gemeinderat Hans-Peter Kohler, FDP: Ich gehe kurz durch die Voten. Zuerst danke ich Franziska Adam für ihr Votum als GPK-Referentin. Ich habe absolut nichts anzufügen, du hast dies alles zu 100% richtig dargelegt. Ansonsten sehen wir nicht immer alles genau gleich, aber du hast alles richtig gesagt.

Mayra Faccio von der SP hat noch gefragt, warum man so lange gewartet habe? Das höre ich noch oft. Es war nicht immer klar, dass man das will. Das hat sich innerhalb der Schulkommission entwickelt. Wir hatten geschätzt etwa vor zwei Jahren eine Klausurtagung, zu welcher wir andere Gemeinden eingeladen haben – Burgdorf, Biel etc. waren da dabei – das musste etwas reifen, die ganze Struktur - Thomas Brönnimann hatte es bereits vier Jahre, dann kam ich und ich bin jetzt im siebten Jahr in dieser Schulkommission. In der ersten Legislatur kommt man rein, hat aber bald einmal erkannt, dass dies vermutlich nicht so gut kommt und es brauchte einfach eine gewisse Zeit und dass es so nicht mehr geht, ist innerhalb der Schulkommission entstanden – das ist noch wichtig zu wissen. Das war nicht der Direktionsvorsteher oder jemand, von der Gemeinde, welcher dies gesagt hat. Ja, es gab eine Verzögerung. Wir hatten intern Ausfälle. Ich habe es immer wieder gesagt und auch versprochen, dass ich es noch in meiner Legislatur machen will. Dieses Versprechen habe ich gehalten. Ich hätte es gerne etwas früher gehabt, aber es war einfach nicht möglich, doch es reicht jetzt und es ist aufgegleist. Für die Verspätung, dass es vielleicht ein Jahr früher hätte sein können, entschuldige ich mich, aber es gab viele andere Gründe, dass es einfach nicht früher möglich war.

Dann hat Monika Röthlisberger folgendes gesagt: Zur Rolle des Gemeinderates – ja, hoffentlich kann der Gemeinderat in der Phase 4 etwas dazu sagen. Ihr müsst einfach sehen, der Gemeinderat hat heute in der Bildung eigentlich gar keine Rolle, in diesen Themen, für welche die Schulkommission da ist - keine Rolle. Wir können von der Schulkommission beraten werden und wir können natürlich Gelder sprechen. Es ist ein schwieriges Konstrukt, dass die Exekutive – ich spreche nicht von mir, sondern vom Gremium Gemeinderat – eigentlich gar keine Rolle hat. Und da soll es auch richtig sein, dass der Gemeinderat auch noch eine Meinung hat und intern die gesetzlichen Grundlagen, also das Bildungsreglement entsprechend vorbereitet, damit das Parlament dieses absegnen kann. Es kommt ja alles wieder hierher, dann kann das Parlament Abänderungsanträge machen - ihr kennt dies ja bestens. Doch der Gemeinderat soll hier unbedingt eine Rolle haben.

Und die Kommission – das ist der Kommission frei - diese hat ein volles Wirkungsspektrum, welches sie ausüben kann. Sie kann Leute einladen, ihr könnt die Schulkommission einladen, was auch immer, das ist der Kommission freigestellt. Das ist ziemlich vollgepackt, was die Kommission macht.

Was wir bis jetzt machen, das ist eine Auslegeordnung dieser zwei, drei schwierigen Jahre, der Modelle, als wir die Klausur hatten, damit wir nichts vergessen. Wir gehen nochmals alle Fragen durch, die SLK und die Schulkommission. Die Schulkommission weiss, was hier läuft, doch wir gehen nochmals vorbei.

Über eure Rückmeldungen, welche ihr zum Teil hattet, bin ich etwas erstaunt. Das ist innerhalb der Schulkommission gereift. Die separate Reorganisation in der BSS hat eine kleine Schnittmenge, überbewertet dies nicht. Das ist etwas Wichtiges. Doch das, was die Bildungssteuerung wirklich betrifft, hat mit dieser Reorganisation, an welcher man dran ist, nicht wirklich viel zu tun. Das muss man sowieso machen. Wenn es zu einem Modell kommt, in welchem die Gemeinde oder innerhalb der BSS eine Person – nicht der Bildungsvorsteher – eine Rolle hat, dann kommt jemand dazu. Doch das dürft ihr nicht überbewerten. Das ist etwas Wichtiges für die Abteilung BSS, welche chronisch überlastet ist und das schon seit vielen Jahren, doch das darf man nicht vermischen.

Und dann wurde noch gesagt, dass eure Schulkommissionsmitglieder zum Teil Sachen anders wahrgenommen haben. Ihr habt dort sicher eure Informationen, das ist auch richtig, diese sollen in die Fraktionen berichten kommen. Ich muss hier aber einfach auch sagen – besonders, wenn du sagst, "von Laien geführt": Denn das betrifft mich ja auch, aber ich bin nicht ganz ein Laie in Führung, denn ich habe schon Spitäler mit mehreren hundert Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter geführt. Dass also alles nur Laien sind, das akzeptiere ich so nicht. Und ich muss auch sagen, das gehört hier hin, wenn gewisse Kritik kommt: Die Zusammenarbeit mit den Schulkommissionsmitgliedern, welche jetzt ausgetreten sind, war nicht immer einfach – sowohl die Zusammenarbeit mit mir, mit dem Gremium, aber auch die Zusammenarbeit mit der Gemeinde – das kann es geben, ist nicht schlimm, aber ich muss es auch rückmelden.

Ansonsten danke ich für die positive Aufnahme, dass wir diesen Schritt jetzt machen können. Für mich ist es ganz wichtig, auch wenn es mich nicht mehr betreffen wird. Ich muss oder darf noch ein- einhalb Jahre in dieser Struktur arbeiten, welche nicht immer einfach ist, aber ich bin sehr froh, dass ich es nicht einfach jemandem abgebe. Und da habe ich mein Versprechen eingehalten, dass ich in meiner Legislatur dies noch anpacken will.

Jetzt muss ich noch etwas zu diesen Rücktritten sagen: Ich nehme zur Kenntnis, dass die Grüne Partei hier niemanden mehr stellen will. Ich habe aber grosse Mühe damit. Ihr nehmt die Verantwortung so nicht wahr, die Gemeinde soll dann einmal mehr schauen. Wer soll es machen? Wer ersetzt dieses Tandem? Und wenn auch andere Parteien sagen, das machen wir nicht mehr, es ist schwierig oder unsere Mitglieder hatten dort ein Problem? Dazu muss ich als persönliche Meinung sagen, dass ich finde, hier wird die Hintertüre genommen und man soll einfach schauen. Und sagen, wir stellen niemanden mehr: Das geht noch zwei Jahre, während welcher zwei Personen fehlen, ohne mit anderen Parteien zu sprechen, ohne mit der Gemeinde im Vorfeld das Gespräch zu suchen - einfach mit einem Mail zu informieren - da habe ich grosse Mühe, das ist ordnungspolitisch für mich sehr schwierig und die gleiche Partei stellt dann noch den Antrag auf das Präsidium. Ich weiss, ich habe dazu nichts zu sagen, doch das ist eine persönliche Bemerkung, das geht für mich nicht auf. Da habe ich grosse Mühe, dass ihr euch der Verantwortung komplett entzieht.

Lösen wird es, einmal mehr, vermutlich die Gemeinde, aber das Präsidium und alles andere, das betrifft das Parlament und doch habe ich mir erlaubt, dies hier noch zu sagen. Das passt hier irgendwie nicht, auch dass man dies erst heute Abend erfährt. Es betrübt mich als Schulkommissionspräsident, welcher dies wieder auszubaden hat, dass ihr das Gefühl habt, das ist jetzt vielleicht die beste Lösung für euch, sollen doch alle anderen schauen und dieses Problem lösen. Das musste ich noch loswerden.

Ansonsten besten Dank für die Unterstützung, damit wir jetzt diesen wichtigen Schritt machen können. Die Kommissionsarbeit wird sicherlich hochspannend sein - auch diese Modelle anschauen, wie es Burgdorf macht und wie es Thun vielleicht nicht macht und was in Biel nicht läuft, damit wir für unsere Schulen, für unsere Lehrerinnen und Lehrer, für die Schulleitungen und natürlich für alle Schülerinnen und Schüler eine gute Lösung finden.

Dominic Amacher, FDP: Ich war etwas zu spät, denn ich bin völlig perplex. Ihr Grünen wollt das Präsidium dieser Kommission beantragen? Dies auf der einen Seite und auf der anderen Seite lässt ihr die Kommission zwei Jahre lang hängen? Das kann ich nicht akzeptieren. Es geht doch nicht zu sagen, wir übernehmen die Verantwortung und darum lassen wir die anderen im Stich? Da habe ich sehr grosse Mühe und ich tue mich auch schwer, euch das Präsidium zuzugestehen. Von daher bin ich mir nicht sicher, ob ich dies unterstützen kann. Ich finde, es geht gar nicht, was ihr hier macht. Ihr lasst die Schulen hängen – einfach Augen zu und durch und die anderen sollen schauen. Ich finde, das ist ein No-Go.

Christina Aebischer, Grüne: Ich nehme gerne dazu noch Stellung. Einen Punkt, welchen ich gerne zugebe ist, dass diese Meldung, dass wir niemanden mehr stellen werden, relativ spät gekommen ist. Das möchte ich aber noch so einordnen, dass wir wirklich versucht haben, jemanden zu finden bzw. zwei Leute zu finden. Und wie dies Monika Röthlisberger bereits ausgeführt hat, ist es nicht ganz einfach und viele andere hier, welche auch bereits Schulkommissionsmitglieder gesucht haben, können dies bestätigen. Es ist nicht ganz einfach, jemanden zu finden, der diesen Aufwand betreiben kann, flexibel ist und auch die fachlichen Fähigkeiten mitbringt. Das ist ein Punkt. Es tut mir leid, dass dies spät gekommen ist, aber ich glaube, das sollte der weiteren Arbeit dieser Schulkommission mit reduziertem Bestand nicht wirklich hemmen. Denn gleichzeitig muss ich wirklich auch sagen, dass unsere Schulkommissionsmitglieder nicht diese 200 Stunden Aufwand pro Jahr geleistet haben, welche in der Ausschreibung waren, sondern sie haben wirklich auch in Ortsteilen und Schulen, wo es zu grösseren Problemen gekommen ist, einen deutlich grösseren Aufwand geleistet, konkret sprechen wir in etwa von 900 Stunden in acht Monaten und es ist jetzt soweit alles so gut aufgegleist, dass wir der Meinung sind, dass man auch dies mit weniger Aufwand machen kann. Und gleichzeitig gab es ja auch eine Verstärkung in der BSS, so dass wir davon ausgehen können, dass man dies auch wird überbrücken können.

Es ist nicht etwas, was uns Freude macht, dies hier so anzukünden. Aber es ist eine Konsequenz daraus, dass wir bereits seit längerem sagen, es braucht eine Professionalisierung in dieser Bildungssteuerung, es braucht einen Schritt hin zu professionellen Fachkräften und weg von diesen Laien und wir sind jetzt in einer Situation, in welcher wir diese Laien so nicht mehr stellen können. Und es steht jedem frei, uns oder mir persönlich dieses Präsidium zu geben. Ich will auch nur als Präsidentin gewählt werden, wenn ihr der Meinung seid, es soll in diese Richtung gehen, dass wir dieses Laienkonstrukt abbauen, in welcher Etappierung dann auch immer, in welchem Übergang. Es ist klar, es geht um die Stärkung einer professionellen Führung der Schulen und es geht um starke Schulen für Köniz. Aber wenn man dies nicht will, dann möchte ich grundsätzlich auch dieses Präsidium nicht.

Es tut mir leid, dass dies so knapp gekommen ist und dass wir dies nicht mit den Fraktionen vordiskutieren konnten, aber es ist, wie es ist und wir gehen davon aus, dass man sich über den Sommer hinweg hier mit den bestehenden Mitgliedern neu organisieren kann, welche hier in dieser Schulkommission sind und mit der Struktur, welche es jetzt in der BSS hat.

Corina Burren, parteilos: Ich möchte noch etwas bezüglich der beabsichtigten Vakanz von zwei Schulkommissionssitzen sagen: Wir von der SVP-Fraktion finden es bedenklich, wenn sich die Grünen um die Verantwortung drücken, indem sie ihre beiden Schulkommissionssitze einfach vakant lassen. Fakt ist: Das Bildungsreglement ist noch nicht überarbeitet. Wir fragen uns: Wie stellt ihr euch die Führung der Könizer Schulen bis zum Sommer 2026 vor? Wer soll die Schulleitungen führen? Die aktuell acht Mitglieder, nebst dem Vorsteher Hans-Peter Kohler, haben bereits jetzt viele Aufgaben umzusetzen. Das haben Monika und Christina ja soeben auch bestätigt. Ich frage mich, wie könnt ihr wissen, dass man es mit weniger Aufwand nun plötzlich machen kann? Das ist unerklärlich. Wir erachten es als unzumutbar, die Führung der sechs Schulkreise nun bis zur Überarbeitung des Bildungsreglements auf sechs statt wie bisher acht Personen zu verteilen. Einige dieser Schulkreise sind bekanntlich sehr gross, so gehören zum Beispiel zum Schulkreis Köniz/Schliern drei Schulen mit drei Schulleitungen, die geführt werden müssen.

Wir von der SVP-Fraktion fragen uns, ob es dann noch richtig ist, wenn die Grünen als Partei das Präsidium der neuen Bildungskommission übernehmen, wenn sie sich gleichzeitig aus der Verantwortung ziehen.

Reto Zbinden, SVP: Wir sind alle etwas schockiert und perplex. Eigentlich war das Präsidium ja unbestritten und es hätten alle dem zugestimmt. Doch nach diesem Affront, welchen wir hier erlebt haben, müssen wir uns kurz sammeln. Darum beantrage ich, diesen Abstimmungstermin auf nächste Woche zu verschieben, damit wir Zeit haben, um zusammen zu sprechen, um dann eine geordnete Kommissionseinsetzung vollziehen zu können. Ich glaube, das wäre das Beste, wenn wir nächste Woche abstimmen würden und uns eine Woche Zeit geben, um darüber nachzudenken, wie wir hier weiter verfahren wollen. Danke für das Prüfen dieses Antrags.

David Müller, Grüne: Ich will nicht mehr viel sagen. Ich lasse einfach den Vorwurf, dass wir uns hier aus der Verantwortung stehlen, nicht gelten. Denn Verantwortung übernehmen, heisst manchmal auch, schwierige Entscheidungen zu treffen, doch man muss diese eben auch treffen und ihr habt es zuvor gehört, wie die Situation ist, es hat extrem schwierige Situationen in den Schulen hier bei uns in Köniz.

Wir als Partei bzw. unsere Mitglieder in dieser Schulkommission haben diese Verantwortung mehr als wahrgenommen. Ich denke, Monika Röthlisberger hat es zuvor gut erklärt, was unsere Beweggründe sind, wie wir dazu kommen und darum bin ich hier der Meinung, dass man diesen Vorwurf, dass wir uns hier aus der Verantwortung stehlen, so nicht stehen lassen kann. Wir wollen aktiv mitarbeiten, das haben wir auch erklärt. Wir wollen aktiv an der zukünftigen Situation der Bildungslandschaft hier in Köniz mitarbeiten und dort diese Verantwortung übernehmen. Genauso, wie wir sie in der Vergangenheit auch schon wahrgenommen haben.

Géraldine Boesch, SP Frauen: Ich mache es ganz kurz: Auch die SP/JUSO-Fraktion hat dies mit Befremden zur Kenntnis genommen. Wir befürworten hier den Antrag von Reto Zbinden, damit wir das Gespräch miteinander suchen können und vielleicht lässt sich ja eine überparteiliche Lösung finden.

Gemeinderat Hans-Peter Kohler, FDP: Ich gebe für nächste Woche mit auf den Weg: Die Schulkreise wurden in diesem Schuljahr bereits auf Wunsch von einem dieser beiden, welche zurücktreten, ausserordentlicherweise neu verteilt. Wir haben bereits neu verteilt, weil dies von jemandem, welcher ausgetreten ist, gewünscht wurde. Das ist keine kleine Übung. Wir haben dort versucht, Probleme, welche es gegeben hat, zu glätten. Aber eine dritte Neuordnung, wieder eine Umverteilung der Schulkreise im gleichen Schuljahr, das kann man nicht machen.

Und Christina Aebischer, du hast gesagt, das sei nicht so schwierig. Da fehlt ein ganzes Tandem. Das kann man nicht einfach so lösen. Man muss schauen wie, aber was ich nicht mache, das kann ich bereits sagen: Ich verteile die Arbeit nicht auf die anderen Tandems, welche bereits schon viel haben. Das wäre nicht fair. Dann müsste man intern externe Lösungen anschauen, doch ich mache das ganz sicher nicht, dass ich dies den anderen Leuten auch noch aufbürden werde. Dies noch dazu.

Diskussion zum Ordnungsantrag Reto Zbinden

Géraldine Boesch, SP Frauen: Wir hatten nicht nur diese Überraschung, sondern für uns war auch neu, dass du Andrea Winzenried, Mitglied der Schulkommission bist. Wir sehen hier auf jeden Fall einen Interessenskonflikt und möchten hier ebenfalls nochmals das Gespräch suchen. Das ist nicht eine persönliche oder fachliche Kritik, sondern für uns ein formales Ausschlusskriterium.

Monika Röthlisberger, Grüne: Wir finden den Vorschlag für die Verschiebung der Wahlen auf nächste Woche einen guten Vorschlag. Dann können wir gut nochmals miteinander sprechen. Wir stehen selbstverständlich für eure Fragen und Ideen zur Verfügung. Danke für den Vorschlag, Reto Zbinden.

Katja Streiff, EVP: Das mit der Schulkommission erstaunt jetzt doch etwas, denn wir haben sie ja schliesslich hier gewählt. Sie wurde durch uns gewählt, also sollte dies eigentlich auch bekannt sein und die Wahlvorschläge waren auch bekannt. Wir sehen dies eigentlich als Chance, als Ressource. Sie hat angekündigt, dass sie in den Ausstand geht, wenn es erforderlich würde, von daher sehen wir hier keine Problematik. Wir würden gerne diese Zeit auch nützen und das Geschäft auf nächste Woche verschieben. Wenn nicht, dann bräuchten wir einen Sitzungsunterbruch, um uns nochmals besprechen zu können.

Beschluss über Verschiebung der Behandlung

Das Parlament beschliesst, die Behandlung des Traktandums auf die Folgesitzung vom 24.6.2024 zu verschieben.

(Abstimmungsergebnis: Mehrheit offensichtlich)

PAR 2024/53

Verschiedenes

Folgende Vorstösse werden eingereicht:

- 2406 Postulat (Parlamentsmitglieder Ortsteil Schliern) "Umgestaltung Zentrumsplatz Schliern"

Diskussion

Gemeinderat Christian Burren, SVP: Das letzte Mal habe ich betr. Endhaltestelle Blinzern mit auf den Weg bekommen, warum dort diese Betonmauer erstellt wurde. Diese Betonmauer war bereits im Projekt visualisiert und diese hat selbstverständlich eine Funktion. Sie hat eine tragende Funktion für die Überdachung der Wartehalle für die Fahrgäste, wie auch für den Velounterstand. Beides ist an dieser Betonwand angehängt. Hinter der Mauer sind Elektroinstallationen und WC-Anlagen platziert. Die Mauer reduziert die Geräusche der Elektrostation der Trafostation und bietet auch einen Sichtschutz. Die Materialisierung dieser Wand hätte man durchaus auch mit Holz machen können, was die Standfestigkeit angegangen wäre, doch das Problem wären die Kosten betr. der Lebensdauer gewesen. Und darum hat man sich von der Stabilität her für Beton entschieden. Und was ich dazu auch noch sagen darf: Man hat in der Mitte wesentlich mehr Fläche entsiegelt, als dies bisher der Fall war. Man hat zwei zusätzliche Bäume gepflanzt und man hat die bestehende Hecke ausgedehnt. Man hat also gemacht, was irgendwie möglich ist und die Betonmauer, das ist der Preis, welchen wir für die Elektroladestation bezahlen. Das noch zu dieser Frage.

Casimir von Arx, GLP: Ich will nicht sehr verlängern, will aber ein gewisses Unwohlsein bekannt geben - seit dem 6. Mai bei mir und ich glaube, auch bei anderen. Wir haben dann ja diese Vorlage mit dem Wahlsystem besprochen und schon damals nach einem Zeitplan gefragt. Damals gab es keine Antwort. Ich hätte am 13. Mai im Grunde bereits fragen können, doch fand ich, dass ist jetzt doch etwas sehr schnell. Inzwischen sind doch 1.5 Monate vergangen, das ist bereits genügend Zeit, um die Vorlage umzusetzen, was vermutlich nicht passiert ist, aber zumindest könnte man mittlerweile bereits einen Zeitplan haben. Die Zeit läuft, dieser Vorstoss hat eine Erfüllungsfrist und da hätte ich vom Gemeinderat gerne gewusst, ob es inzwischen irgendetwas gibt.

Gemeindepräsidentin Tanja Bauer, SP: Die GPK wurde bereits informiert und das Parlament wird zeitnah ebenfalls informiert werden.

Parlamentspräsidentin Arlette Münger: Nachdem keine Wortmeldungen mehr vorliegen, bedanke ich mich für diese Sitzung und wir sehen uns am nächsten Montag, 24. Juni 2024 wieder. Ich wünsche euch einen schönen Abend und tragt euch Sorge beim Heimkommen.

Im Namen des Parlaments

Arlette Münger
Parlamentspräsidentin

Verena Remund
Leiterin Fachstelle Parlament